VERORDNUNGSBLATT
für Groß-Berlin

Herausgegeben vom Magistrat von Groß-Berlin

4. Jahrgang / Nr. 14
Ausgabetag 7. April 1948

Inhalt

I. Gesetze, Befehle, Verordnungen, Anordnungen

Tag		Seite
	Alliierte Behörden	
20. 2. 1948	Gesetz Nr. 62 des Kontrollrates, Aufhebung von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen in Kirchenangelegenheiten, die von der nationalsozialistischen Regierung erlassen wurden	156
28. 2. 1948	Anordnung der Alliierten Kommandantur Berlin Nr. BK/O (48) 41, Änderung der Anordnung BK/O (46) 327 über die Anmeldung von Eigentum und Verpflichtungen	156
28. 2. 1948	Anordnung der Alliierten Kommandantur Berlin Nr. BK/O (48) 45, Abstempelung durch Sonder-Stempel von Personalausweisen der von Anordnung BK/O (46) 101a betroffenen Personen	156
28. 2. 1948	Anordnung der Alliierten Kommandantur Berlin Nr. BK/O (48) 47, Amtsenthebung und Entlassung aus verantwortungsvollen Stellen von Nazis und Personen, die dem Vorhaben der Alliierten Mächte feindlich gesinnt sind (Abänderung der Anordnung BK/O (47) 101a vom 26. Februar 1946)	156
1. 3. 1948	Anordnung der Amerikanischen Militärregierung, Wirtschaftsabteilung, APO 742-A US Army, Beschlagnahme von Eigentum	156
20. 3. 1948	Befehl Nr. 30 des Chefs der Garnison und Militärkommandanten des sowjetischen Besatzungssektors von Berlin über die Gewährung eines bezahlten Urlaubs für deutsche Arbeiter und Angestellte im sowjetischen Besatzungssektor von Berlin	156
	Magistrat	
	Wirtschaft	
25. 3. 1948	1. Durchführungsanordnung zur Verordnung über die Errichtung der Zentralstelle für die Holzbeschaffung betr. Bestandsmeldung für Holz aller Art	157
	Bau- und Wohnungswesen	
9. 3. 1948	Bekanntmachung über Änderung der Richtlinien für die Durchführung des Union-Bauprogramms	157
4. 8. 1947/ 21. 1. 1948	Richtlinien für die Durchführung des Union-Bauprogramms und für die Verwaltung und Verteilung der hierfür bereitgestellten öffentlichen Mittel	157
	Preisamt	
24. 3. 1948	Anordnung über Höchstpreise für Obst und Gemüse ab 1. April 1948 — Preisliste Nr. 4/1948	158
	Polizei	
9. 3. 1948	Anordnung über Sperrung eines Havelgebietes zwischen den Inseln Lindwerder und Schwanenwerder und weitere Vorsichtsmaßnahmen	158
15. 3. 1948	Anordnung über Sperrzeit für Tauben 1948	158

II. Amtliche Bekanntmachungen

Tag		Seite
	Magistrat	
	Personal und Verwaltung	
9. 3. 1948	Bekanntmachung über Ungültigkeitserklärung von Dienstsiegeln	159
	Finanzwesen	
5. 3. 1948	Übersicht über die Einnahmen an Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben im Februar 1948	159
9. 3. 1948	Bekanntmachung über Verzinsung und Tilgung der Mittel aus dem Gebäudeinstandsetzungsfonds und der Sondermittel für die Durchführung des Union-Bauprogramms . .	159
10. 3. 1948	Bekanntmachung über Abführung der Lohnsteuer	159
1. 4. 1948	Öffentliche Zahlungserinnerung für Gemeinde- und ehemalige Reichssteuern	159
	Banken und Versicherungen	
13. 3. 1948	Bekanntmachung der Untersagung des Geschäftsbetriebs eines Versicherungsvereins	159
	Arbeit	
9. 3. 1948	Bekanntmachung über Lehrlingsvergütungen	160
	Bau- und Wohnungswesen	
9. 3. 1948	Bekanntmachung über Bestätigung von Sachverständigen für baufachliche und bauvertragliche Fragen	160
	Verkehr- und Versorgungsbetriebe	
8. 3. 1948	Bekanntmachung über Vertretung der städtischen Eigenbetriebe	160
	Polizei	
1. 3. 1948	Bekanntmachung über Ausbruch der Räude	160
10. 3. 1948	Bekanntmachung über Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels	160
15. 3. 1948	Bekanntmachung über Erlöschen der ansteckenden Blutarmut der Einhufer	160
20. 3. 1948	Bekanntmachung über Ausbruch der Räude	160
	Bezirksämter	
3. 3. 1948	Bekanntmachung des Bezirksamts Prenzlauer Berg über Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels	160
11. 3. 1948	Bekanntmachung des Bezirksamts Treptow über Bestätigung von Schiedsmännern . . .	160
	Justizbehörden	
1. 3. 1948	Rundverfügung des Kammergerichtspräsidenten betr. Stellung prozessualer Sicherheiten durch Bankbürgschaften (§ 108 ZPO)	160
20. 3. 1948	Rundverfügung des Kammergerichtspräsidenten betr. Übertragung von Zuständigkeiten des Amtsgerichts Berlin-Mitte . . .	161
	Bekanntmachungen der Gerichte	161

III. Bekanntmachungen der Wirtschaft 169

I. Gesetze, Befehle, Verordnungen, Anordnungen

Alliierte Behörden

Alliierte Kontrollbehörde
Kontrollrat

Gesetz Nr. 62

Aufhebung von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen in Kirchenangelegenheiten, die von der nationalsozialistischen Regierung erlassen wurden.

Der Kontrollrat erläßt das nachstehende Gesetz:

Artikel I

Die folgenden Gesetze und Erlasse einschließlich der zusätzlichen Gesetze, Durchführungsbestimmungen, Verordnungen und Erlasse werden hiermit aufgehoben:

1. Gesetz vom 24. September 1935 zur Sicherung der deutschen evangelischen Kirche (RGBl. I, S. 1178).

2. Gesetz vom 26. Juni 1935 über das Beschlußverfahren in Rechtsangelegenheiten der evangelischen Kirche (RGBl. I, S. 774).

3. Erlaß vom 16. Juli 1935 über die Zusammenfassung der Zuständigkeiten des Reiches und Preußens in Kirchenangelegenheiten (RGBl. I, S. 1029).

Artikel II

Dieses Gesetz setzt keinen Gesetzesakt wieder in Kraft, der durch die durch dieses Gesetz aufgehobenen Bestimmungen oder Vorschriften aufgehoben oder ersetzt worden ist.

Artikel III

Dieses Gesetz tritt am 20. März 1948 in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin, am 20. Februar 1948.

(Die in den drei offiziellen Sprachen abgefaßten Originaltexte dieses Gesetzes sind von:

P. Koenig, General der Armee;
W. Sokolowskij, Marschall der Sowjetunion;
Lucius D. Clay, General;
N. C. D. Brownjohn, Generalmajor für
B. H. Robertson, Generalleutnant,

unterzeichnet).

Alliierte Kommandantur Berlin

BK/O (48) 41
26. Februar 1948

Änderung der Anordnung BK/O (46) 337 über die Anmeldung von Eigentum und Verpflichtungen

An den Oberbürgermeister der Stadt Berlin.

Die Alliierte Kommandantur ordnet wie folgt an:

Sie haben unverzüglich einen zusätzlichen Unterparagraphen 3 (v) zur Anordnung der Alliierten Kommandantur BK/O (46) 337 folgenden Wortlauts zu veröffentlichen und zwar in derselben Weise wie die besagte Anordnung veröffentlicht wurde:

3 (v) Jede in Berlin befindliche Person, welche nach der Veröffentlichung der Anordnung BK/O (46) 337 der Anmeldung unterliegenden Eigentum erwirbt oder kontrolliert oder Kenntnis davon hat, ist verpflichtet, binnen 10 Tagen nachdem das Vorhandensein des Eigentums ihr zur Kenntnis kommt, die erforderliche schriftliche Erklärung abzugeben.

Im Auftrage der Alliierten Kommandantur Berlin:

A. d'Arnoux
Colonel
Vorsitzführender Stabschef

BK/O (48) 45
28. Februar 1948

Abstempelung durch Sonderstempel von Personalausweisen der von Anordnung BK/O (46) 101a betroffenen Personen

An den Oberbürgermeister der Stadt Berlin

An den Polizeipräsidenten

Die Alliierte Kommandantur Berlin ordnet wie folgt an:

1. Der Stempel, welcher gemäß Anordnung der Alliierten Kommandantur BK/O (46) 107 vom 27. Februar 1946 in der durch Anordnung BK/O (46) 355 vom 5. September 1946 abgeänderten Fassung gegenwärtig verwendet wird, ist künftighin auf den Personalausweis von allen Personen anzubringen, welche als ehemalige Mitglieder der NSDAP unter die im I. und II. Teil der Bestimmung Nr. 1 der Anordnung BK/O (46) 101 a angeführten Kategorien fallen, gleichviel ob solche Personen von ihren Ämtern entlassen worden sind oder nicht.

2. Die Abstempelung der Personalausweise gemäß der Anordnung BK/O (46) 355 vom 5. September 1946 sowie dem Paragraphen 1 dieser Anordnung hat nach wie vor durch den Polizeipräsidenten zu erfolgen.

3. Diese Anordnung tritt mit dem Tage des Empfanges in Kraft. Sie haben der Alliierten Kommandantur über die zu deren Durchführung getroffenen Maßnahmen zu berichten. Die Abstempelung der Personalausweise ist binnen zwei Monaten nach Erlaß dieser Anordnung durchzuführen.

Im Auftrage der Alliierten Kommandantur Berlin:

A. d'Arnoux
Colonel
Vorsitzführender Stabschef

BK/O (48) 47
28. Februar 1948

Amtsenthebung und Entlassung aus verantwortungsvollen Stellen von Nazis und Personen, die dem Vorhaben der Alliierten Mächte feindlich gesinnt sind (Abänderung der Anordnung BK/O [47] 101 a vom 26. Februar 1946)

Die Alliierte Kommandantur Berlin ordnet wie folgt an:

1. Die Anordnung der Alliierten Kommandantur BK/O (46) 101 a vom 26. Februar 1946 wird wie folgt abgeändert:

(I) Paragraph 2 (i) ist durch folgendes zu ersetzen:
„vor dem 1. Mai 1937 der NSDAP beitraten oder in die Partei aufgenommen wurden" . . .

(II) Unterparagraph ii (b) des Paragraphen 2 des I. Teiles der Bestimmung Nr. 1 ist durch folgenden Unterparagraphen zu ersetzen:
„Alle Mitglieder der NSDAP, die vor dem 1. Mai 1937 der Partei beitraten, oder die auf andere Weise an der Tätigkeit der NSDAP mehr als nominell teilgenommen haben" . . .

(III) Unterparagraph 5 des Paragraphen 2 des I. Teiles der Bestimmung Nr. 1 ist durch Folgenden zu ersetzen:
„5) Die Sturmabteilungen (SA): Offiziere des SA-Führerkorps und SA-Unterführer im Range eines Scharführers und aufwärts, die gleichviel zu welchem Zeitpunkte, und sämtliche Mitglieder, die vor dem 1. April 1933 in die SA eingetreten sind".

Im Auftrage der Alliierten Kommandantur Berlin:

A. d'Arnoux
Colonel
Vorsitzführender Stabschef

Office of Military Governement
U. S. Berlin Sector — Economics Branch

AFO 742 - A US Army
1. März 1948

Beschlagnahme von Eigentum

An den Magistrat von Groß-Berlin durch den US-Verbindungsoffizier beim Magistrat.

1. Sie werden hiermit angewiesen, keine Waren oder Eigentum im amerikanischen Sektor von Berlin zu beschlagnahmen ohne einen ordnungsgemäßen Prozeß vor einem Gericht der zuständigen Gerichtsbarkeit.

2. Für den Fall, daß es Ihnen notwendig erscheinen sollte, oder einem Ihrer Büros oder Beamten, Waren oder Eigentum irgendwelcher Art im amerikanischen Sektor von Berlin zu sperren oder einzuziehen für die Dauer des Prozesses, haben Sie dieses Büro innerhalb von 24 Stunden von dieser Maßnahme zu unterrichten.

3. Keine Waren oder Eigentum im amerikanischen Sektor von Berlin, die von Ihnen, Ihren Dienststellen oder Beamten gesperrt sind oder auf Anordnung eines Gerichtes beschlagnahmt wurden, dürfen aus dem amerikanischen Sektor von Berlin verbracht werden ohne vorherige Genehmigung dieser Dienststelle.

Im Auftrage des Direktors:
A. W. Moran
Chief Economics Branch

Befehl des Chefs der Garnison und Militärkommandanten des sowjetischen Besatzungssektors von Berlin

20. März 1948 Nr. 30 Berlin

Über die Gewährung eines bezahlten Urlaubs für deutsche Arbeiter und Angestellte im sowjetischen Besatzungssektor von Berlin

Um die 14 Vorschläge der Sowjetdelegation in der Alliierten Kommandantur vom 31. Oktober 1947 in der Frage einer Verbesserung der sozialen und rechtlichen Lage von Arbeitern und Angestellten in Berlin zu verwirklichen sowie den Befehl der Alliierten Kommandantur Kb/Pr. 47/209 vom 20. November 1947 im sowjetischen Besatzungssektor von Berlin so rasch wie möglich durchzuführen und bei der Gewährung von Urlaub an Arbeiter und Angestellte im Zusammenhang mit dem Herannahen der Urlaubsperiode eine geordnete Ordnung zu schaffen, befehle ich:

1. Die fälligen Urlaube der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Ämtern des sowjetischen Besatzungssektors von Berlin für das Jahr 1948 sind in der Zeit vom 1. April 1948 bis zum 1. April 1949 festzusetzen.

2. Die Instruktion „Über das Verfahren der Gewährung bezahlten Urlaubs an deutsche in Betrieben und Ämtern des sowjetischen Besatzungssektors von Berlin beschäftigten Arbeiter und Angestellte" ist zu bestätigen.

3. Die Verantwortung für die Erfüllung dieses Befehls ist den Bezirksbürgermeistern des sowjetischen Besatzungssektors von Berlin aufzuerlegen.

4. Die Kontrolle über die Erfüllung dieses Befehls ist den Bezirkskommandanten und dem Chef der Abteilung für Arbeit der Verwaltung des Militärkommandanten des sowjetischen Besatzungssektors von Berlin aufzuerlegen.

Der Chef der Garnison und Militärkommandant des sowjetischen Besatzungssektors von Berlin
Generalmajor A. Kotikow

Chef des Stabes der Verwaltung des Militärkommandanten des sowjetischen Besatzungssektors von Berlin
Gardeoberstleutnant A. Morosow

Instruktion über das Verfahren bei der Gewährung bezahlten Urlaubs an deutsche in Betrieben und Ämtern des sowjetischen Besatzungssektors von Berlin beschäftigte Arbeiter und Angestellte

Die Instruktion wurde auf Grund des Befehls des Chefs des Garnison- und Militärkommandanten des sowjetischen Besatzungssektors von Berlin Nr. 30 vom 20. März 1948 ausgearbeitet.

1. Die fälligen bezahlten Urlaube an Arbeiter und Angestellte von Betrieben und Ämtern des sowjetischen Besatzungssektors von Berlin für das Jahr 1948 sind von den Arbeitgebern in der Zeit bis zum 1. April 1949 zu gewähren.

2. Für alle Arbeiter und Angestellten wird ein bezahlter Urlaub von mindestens 12 und höchstens 24 Arbeitstagen festgesetzt.

3. Gemäß dieser Instruktion arbeitet die Betriebsleitung einen Urlaubsplan für die Arbeiter und Angestellten aus und vereinbart ihn mit dem Betriebsrat. Dieser Plan muß so aufgestellt werden, daß die normale Arbeit des Betriebes oder Amtes nicht gestört wird.

In einzelnen Fällen kann der Arbeitgeber nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat und mit Genehmigung des Bezirksmilitärkommandanten die Berechtigung erteilen, in dem betreffenden Betriebe oder Amt gleichzeitigen Urlaub für alle Beschäftigten zu gewähren.

4. Das Recht auf Urlaub genießen Arbeiter und Angestellte, die in dem betreffenden Betrieb oder Amt mindestens sechs Monate ununterbrochen gearbeitet haben sowie solche, die früher in anderen Betrieben und Ämtern gearbeitet haben, aber durch deutsche Arbeitsämter oder sowjetische Militärbehörden auf einen neuen Arbeitsplatz versetzt wurden.

5. Bei der Festsetzung der Urlaubsdauer für Arbeiter und Angestellte ist die Art der geleisteten Arbeit zu berücksichtigen.

Den Arbeitern, die eine gesundheitsschädliche oder schwere Arbeit leisten oder bei Hitze arbeiten, wird ein Urlaub ebenso wie den Fachleuten, Ingenieuren und Technikern in Höhe von 18 bis 24 Tagen gewährt.

Für Arbeiter und Angestellte, die auf Grund der geltenden Bestimmungen oder Kollektivverträge einen Urlaub von weniger als 12 Arbeitstagen erhalten, wird der Urlaub auf 12 Arbeitstage festgesetzt. Arbeiter und Angestellte, für die in den geltenden Tarifen ein Urlaub von über 12 Arbeitstagen jährlich vorgesehen ist, haben einen Urlaub gemäß den geltenden Tarifen, aber nicht über 24 Arbeitstage hinaus zu erhalten.

6. Arbeiter und Angestellte, die anerkannte Opfer des Faschismus sind, sowie Arbeitsinvaliden (nicht unter 50 Prozent Invalidität) haben das Recht, zu dem Grundurlaub einen zusätzlichen Urlaub von drei Tagen zu erhalten, aber ihr Urlaub darf insgesamt über 24 Arbeitstage jährlich nicht hinausgehen.

7. Jugendliche, die in einem Betrieb über drei Monate ohne Unterbrechung des Lehr- oder Arbeitsverhältnisses beschäftigt waren, haben Anspruch auf einen bezahlten Urlaub. Die Dauer des Urlaubs für die Jugendlichen bis zu 16 Jahren beträgt 21 Arbeitstage, für die Jugendlichen von 16 bis 18 Jahren 18 Arbeitstage.

8. Lehrer und Mediziner erhalten einen Urlaub gemäß den bisher geltenden Bestimmungen.

9. Wenn das Arbeitsverhältnis vor Beginn des Urlaubs aufhört, hat der Arbeitnehmer einen Urlaub in einer Höhe, die der von ihm durchgearbeiteten Zeit entspricht, oder eine entsprechende Barabfindung zu beanspruchen.

10. Die Tage der Krankheit des Arbeiters oder Angestellten in der Urlaubszeit, die durch entsprechende medizinische Atteste der Organe der Sozialversicherung bestätigt sind, sind entsprechend zu kompensieren.

11. Die Bezahlung des Urlaubs erfolgt auf Grund des Durchschnittsverdienstes des Arbeitnehmers in den letzten drei Monaten.

12. Auf Grund dieser Instruktion wird den Gewerkschaften das volle Recht gewährt, Besprechungen mit der Betriebsleitung zu führen und entsprechende Veränderungen an den deutschen Urlaubsbestimmungen dem Produktionszweig entsprechend vorzunehmen.

Chef der Abteilung für Arbeit der Verwaltung des Militärkommandanten des sowjetischen Besatzungssektors von Berlin

Gardemajor Tarassenko

Berlin 20. März 1948.

Magistrat

Wirtschaft

1. Durchführungsanordnung zur Verordnung über die Errichtung der Zentralstelle für die Holzbeschaffung (VOBl. 1948 S. 141) betreffend Bestandsmeldung für Holz aller Art

Auf Grund des § 12 i. V. mit § 14 der Verordnung über die Errichtung der Zentralstelle für die Holzbeschaffung wird Nachstehendes angeordnet:

§ 1

Alle natürlichen und juristischen Personen, die Rund- und Schnittholz, Telegraphenstangen, Maste, Schwellen, Furniere, Sperrholz und Holzfaserplatten auf Lager halten oder sonst besitzen, regelmäßig verkaufen, bearbeiten oder anderweitig verwenden, haben den am 31. März 1948 vorhandenen Bestand bis zum 20. April 1948 schriftlich, unter Angabe der Holzart, Menge, Stärke, des Lagerorts und des Eigentümers sowie dessen Adresse, dem Magistrat von Groß-Berlin, Zentralstelle für die Holzbeschaffung, Berlin W 8, Friedrichstraße 81/82, zu melden.

§ 2

Die Meldepflicht besteht nicht für

a) Generator- und Brennholz sowie gebrauchtes oder in Verwendung befindliches Vorhalteholz,

b) Vorräte der in § 1 genannten Hölzer bei Behörden, soweit diese durch die Zentralstelle für die Holzbeschaffung ordnungsmäßig freigegeben wurden und bereits für einen bestimmten Verwendungszweck vorgesehen und gelagert sind.

Berlin, den 25. März 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Abteilung für Wirtschaft
Gust. Klingelhöfer

Bau- und Wohnungswesen

Änderung der Richtlinien für die Durchführung des Union-Bauprogramms

Der Magistrat hat am 31. Januar 1948 beschlossen, die Ziffer 6 der Richtlinien für die Durchführung des Union-Bauprogramms und für die Verwaltung und Verteilung der hierfür bereitgestellten öffentlichen Mittel (Magistratsbeschluß vom 4. August 1947) zu ändern. Wir geben nachstehend diese Richtlinien in der hiernach geltenden Fassung bekannt.

Berlin, den 9. März 1948

Magistrat von Groß-Berlin
Abteilung für Bau- und Wohnungswesen
Bonatz

Richtlinien für die Durchführung des Union-Bauprogramms und für die Verwaltung und Verteilung der hierfür bereitgestellten öffentlichen Mittel

Auf Befehl der Britischen Militärregierung ist im britischen Sektor von Groß-Berlin im Laufe eines Jahres eine beträchtliche Zahl großerer Wohnungen von den jetzigen Wohnungsinhabern frei zu machen. Diese Wohnungen werden für Angehörige der britischen Militärregierung in Anspruch genommen. Als Ersatz sollen beschädigte Wohnungen instand gesetzt oder ausgebaut und die aus ihren Wohnungen Auszuweisenden in den neugeschaffenen Wohnraum eingewiesen werden. Die Gesamtkosten dieses Bauprogramms (Union-Bauprogramm) betragen nach überschlagigen Berechnungen 25 Mill. Reichsmark. Das Finanz-Comité der Alliierten Kommandantur hat diese Ausgabe genehmigt. Der Magistrat hat diese Summe bereitgestellt. Die Verwaltung der öffentlichen Mittel sowie die Gewährung der Darlehen ist durch Magistratsbeschluß vom 4. März 1947 der Wohnungsbau-Kreditanstalt von Groß-Berlin übertragen worden. Für die Durchführung des Union-Bauprogramms und die Verwaltung und Verteilung dieser Mittel gelten die folgenden Richtlinien.

1.

Die im britischen Sektor gelegenen 4 Bezirksämter bestimmen nach Maßgabe der Anordnungen der Britischen Militärregierung, welche Häuser in das Bauprogramm Union einbezogen werden und welche Instandsetzungsarbeiten erforderlich sind.

Bei der Auswahl der Bauvorhaben soll der Grundsatz bestimmend sein, daß mit geringem Aufwand an Arbeitskraft und Baustoffen möglichst viel Wohnraum gewonnen wird. Nach Möglichkeit ist auf die Erhaltung der Substanz des Grundstücks Rücksicht zu nehmen.

Schönheitsreparaturen und die laufende Instandhaltung eines Gebäudes (einschließlich Nachholung rückständiger Instandhaltung) sollen im Rahmen des Union-Bauprogramms nicht gefördert werden.

2.

Der Grundstückseigentümer ist von den beabsichtigten Maßnahmen zu unterrichten, sein Einverständnis soll eingeholt werden. Groß-Berlin übernimmt nicht die Bauleitung, behält sich jedoch die Überwachung der antragsgemäßen Durchführung der Bauarbeiten vor.

3.

Zur Förderung der Bauarbeiten vermitteln die Ämter für Aufbau nach den Anweisungen der Britischen Militärregierung den Einsatz der Baufirmen und des Handwerks sowie der Baustoffe unter Ausschluß jeglicher Bevorzugung einzelner Auftragnehmer. Auf Antrag des Grundstückseigentümers vermitteln die Ämter für Aufbau auch die Gewährung eines Darlehns von der Wohnungsbau-Kreditanstalt aus den vom Magistrat bereitgestellten Sondermitteln.

4.

Die Kosten der Instandsetzungsarbeiten trägt der Grundstückseigentümer. Reichen seine eigenen Mittel hierfür nicht aus, so kann ihm aus den hierfür bereitgestellten öffentlichen Mitteln ein Darlehn bis zur Höhe der notwendigen Baukosten gewährt werden. Grundstücke, bei denen Instandsetzungsarbeiten zur Beseitigung von Kriegsschäden bereits aus Mitteln des Gebäudeinstandsetzungsfonds gefördert worden sind, sollen in das Union-Bauprogramm nicht einbezogen werden.

5.

Die Darlehnsanträge sind bei dem Amt für Aufbau des Verwaltungsbezirks einzureichen, in dem das instand zu setzende Gebäude liegt. Für die Anträge sind die von der Wohnungsbau-Kreditanstalt herausgegebenen Vordrucke zu verwenden.

6.

Sofern die veranschlagten Baukosten 10 000 RM nicht überschreiten, reicht das Bezirksamt — Amt für Aufbau — die Anträge mit einer gutachtlichen Stellungnahme an die Wohnungsbau-Kreditanstalt weiter. Aus dem Bericht des Amtes für Aufbau muß insbesondere ersichtlich sein, daß das zu fördernde Grundstück in das Bauprogramm Union einbezogen ist, wie hoch sich die aufzuwendenden Instandsetzungskosten belaufen und welchen Anteil hiervon der Antragsteller sofort aus eigenen Mitteln aufbringen kann.

Bei höheren Baukosten sind die Anträge über die Abteilung für Bau- und Wohnungswesen — Hauptamt für Aufbau — an die Wohnungsbau-Kreditanstalt zu leiten.

7.

Die Entscheidung über den Antrag des Grundstückseigentümers trifft die Wohnungsbau-Kreditanstalt.

8.

Die Darlehen sind mit 1 % zu verzinsen. Die Berechnung von Verzugszinsen wird durch diese Bestimmung nicht ausgeschlossen.

Die Darlehen sind mindestens mit 5 % und höchstens mit 10 % jährlich unter Zuwachs der ersparten Zinsen zu tilgen. Die Tilgung beginnt mit dem 1. April oder 1. Oktober, der zuerst auf die Auszahlung der letzten Rate des Darlehns folgt.

Die Wohnungsbau-Kreditanstalt ist berechtigt, den Tilgungssatz im Einzelfalle auch unter 5 % jährlich festzusetzen, wenn dies nach der Ertragslage des geförderten Grundstücks geboten erscheint.

9.

Das Darlehen wird ausgezahlt, sobald die Bauarbeiten ausgeführt sind, die Abrechnung geprüft ist und über den Darlehnsbetrag Rechnungen beigebracht sind, die vom Amt für Aufbau geprüft und mit entsprechendem Prüfungsvermerk versehen sein müssen.

10.

Die vom Eigentümer aufzubringenden Eigenmittel sind zuerst vom Eigentümer zu verwenden. Ihre Verwendung ist der Wohnungsbau-Kreditanstalt gleichfalls gemäß Ziffer 9 nachzuweisen.

11.

Die Wohnungsbau-Kreditanstalt kann auch Vorschüsse und angemessene Teilzahlungen vor Beendigung der Bauarbeiten bewilligen, soweit dies zur Förderung der Instandsetzungen notwendig erscheint.

12.

Das Darlehen ist durch Eintragung einer Buchhypothek an bereitester Stelle des Grundbuchs zu sichern. Der Schuldner ist verpflichtet, der Hypothek einen besseren Rang zu verschaffen, sofern diese auf Grund künftiger gesetzlicher Vorschriften von seinem Antrag abhängig oder ihm sonst möglich ist. Der Schuldner hat in notarieller oder gerichtlich errichteter Urkunde seine Schuldverbindlichkeit anzuerkennen und sich der sofortigen Zwangsvollstreckung in sein gesamtes Vermögen, insbesondere in das geförderte Grundstück, zu unterwerfen.

Mit Rücksicht auf die durch den Krieg verursachten Erschwernisse des Grundbuchverkehrs ist die Wohnungsbau-Kreditanstalt berechtigt, das Darlehn ganz oder teilweise auszuzahlen, bevor es durch die grundbuchliche Eintragung gesichert worden ist.

Der Schuldner hat sich zur Löschung der vorhergehenden Grundpfandrechte zu verpflichten, soweit sich diese mit dem Eigentum in einer Person vereinigen. Zur Sicherung dieser Verpflichtung sind bei den vorhergehenden Grundpfandrechten Löschungsvormerkungen zugunsten Groß-Berlins gemäß § 1179 BGB im Grundbuch einzutragen. Die Eintragung einer Löschungsvormerkung muß auch bei der neu einzutragenden Hypothek erfolgen.

13

Rechte und Verpflichtungen aus dem Darlehnsvertrag darf der Schuldner auf einen Dritten nicht übertragen. Ausnahmen bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Wohnungsbau-Kreditanstalt.

14.

Alle Kosten für die mit der Darlehnsgewährung in Verbindung stehenden Rechtsgeschäfte trägt der Grundstückseigentümer, der Erbbauberechtigte oder der sonstige Verfügungsberechtigte.

15.

Durch die Bearbeitung eines Antrages und die Beibringung angeforderter Unterlagen entsteht für den Antragsteller kein Rechtsanspruch auf Darlehnsgewährung.

Unrichtige Angaben oder schuldhafte Verzögerung der Abrechnung der Baukosten berechtigen die Wohnungsbau-Kreditanstalt, bereits zugesagte Mittel zu widerrufen oder gewährte Mittel sofort fällig zu machen.

Jeder Schadensersatzanspruch gegen Groß-Berlin ist ausgeschlossen.

Als Gerichtsstand gilt Berlin-Mitte als vereinbart.

Berlin, den 4. August 1947 / 21. Januar 1948.

Magistrat von Groß-Berlin

L. Schröder Dr Haas Dr. Friedensburg

Preisamt

Höchstpreise für Obst und Gemüse ab 1. bzw. 21. April 1948

Preisliste Nr. 4/1948

Auf Grund der Anordnung über die Preisregelung für Obst und Gemüse vom 26. April 1946 (VOBl. S. 149) werden die Höchstpreise für Berliner Erzeugnisse wie folgt festgesetzt:

Erzeugnisse und Güteklassen		Mengenangabe	Erzeuger-	Großhandels-	Kleinhandels-
			RM	RM	RM
Weißkohl A		100 kg	20,—	26,25	je kg 0,35
Rotkohl A		100 kg	27,—	34,50	je kg 0,46
Wirsingkohl A		100 kg	25,—	33,—	je kg 0,44
Kohlrabi A o. Laub		100 kg	28,—	35,80	je kg 0,48
geplatzte Ware 20 % weniger.					
Treibkohlrabi A m. Laub	4—6 cm ⌀	100 St.	38,—	45,80	je St. 0,61
„	3—4 cm ⌀	100 St.	30,—	36,75	je St. 0,49
„	unter 3 cm ⌀	100 St.	15,—	18,80	je St. 0,25
Treibkopfsalat A	über 150 g	100 St.	44,—	53,30	je St. 0,71
„	ab 21. 4. über 150 g	100 St.	36,—	44,20	je St. 0,59
„	über 100 g	100 St.	38,—	45,80	je St. 0,61
„	ab 21. 4. über 100 g	100 St.	30,—	36,75	je St. 0,49
„	unter 100 g	100 St.	30,—	36,75	je St. 0,49
„	ab 21. 4. unter 100 g	100 St.	25,—	30,70	je St. 0,41
Rapunzel A		100 kg	60,—	96,50	je kg 1,28
Blattspinat A		100 kg	44,—	54,60	je kg 0,73
Wurzelspinat A		100 kg	40,—	49,60	je kg 0,66
Möhren und Karotten A					
	über 15 mm ⌀	100 kg	30,—	38,70	je kg 0,52
	unter 15 mm ⌀	100 kg	16,—	22,—	je kg 0,30
Rote Beete A		100 kg	16,—	22,—	je kg 0,30
Kohlrüben A gelbfleischig		100 kg	10,—	14,60	je kg 0,20
„ weißfleischig		100 kg	7,50	11,80	je kg 0,16
Herbst- u. Winterrettich A o. L.					
gewaschen	7—10 cm ⌀	100 kg	26,—	35,80	je kg 0,48
	4— 7 cm ⌀	100 kg	18,—	24,—	je kg 0,32
Treibradieschen A	10 Stück i. B.	100 Bd.	29,—	35,80	je Bd. 0,48
„	ab 21. 4.	100 Bd.	20,—	25,30	je Bd. 0,34
Freiland-Radieschen A	ab 21. 4.	100 kg	40,—	49,50	je kg 0,66
„	15 Stck. i. B. ab 21. 4.	100 Bd.	12,—	15,75	je Bd. 0,21
Knollen-Sellerie A o. L.		100 kg	42,—	52,50	je kg 0,70
Schwarzwurzeln A		100 kg	80,—	96,50	je kg 1,28
Zwiebeln A		100 kg	45,—	55,50	je kg 0,74
Porree A	über 25 mm ⌀	100 kg	45,—	55,50	je kg 0,74
	unter 25 mm ⌀	100 kg	34,—	42,60	je kg 0,57
Petersilienwurzeln A	ohne Laub	100 kg	34,—	42,60	je kg 0,57
„	getrieben mit Laub				
	über 30 mm ⌀	100 St.	10,—	13,50	je St. 0,18
„	„ 20—30 mm ⌀	100 St.	7,—	8,70	je St. 0,12
„	„ unt. 20 mm ⌀	100 St.	3,—	4,20	je St. 0,06
Spargel A	1. und 2. Sorte	100 kg	220,—	260,25	je kg 3,47
„	3. und 4. Sorte	100 kg	145,—	172,50	je kg 2,30
Rhabarber A	rotstielig	100 kg	50,—	61,50	je kg 0,82
„	grünstielig	100 kg	42,—	52,50	je kg 0,70
Treibdill und Treibpetersilie A, kl. Bund, nicht unter 20 mm ⌀		100 Bd.	13,—	16,—	je Bd. 0,21
Treibschnittlauch A, kleines Bund, nicht unter 20 mm ⌀		100 Bd.	11,—	14,—	je Bd 0,19
Suppengrün A, Mindestgewicht 150 g, jedes Bund muß außer Möhren 75 g andere Zutaten enthalten		100 Bd.	10,—	13,50	je Bd. 0,18
Petersilie in Töpfen, 12 cm ⌀, dichter Bestand		je Topf	1,30	1,55	je Topf 2,07
ohne Topf RM —,10 billiger					
Schnittlauch in Töpfen, voller, dichter Bestand, über 20 cm Länge		je Topf	1,60	1,90	je Topf 2,50

Die angegebenen Preise gelten für beste Ware. Für B-Ware ist ein Abschlag von mindestens 20 Prozent und für C-Ware ein solcher von mindestens 50 Prozent auf den Erzeugerpreis zu gewähren, soweit für diese Güteklassen besondere Preise nicht festgesetzt sind.

Jede Verteilerstufe ist verpflichtet, ihre Abgabenpreise auf Grund der bestehenden Anordnung zu errechnen. Vorstehende Höchstpreise dürfen jedoch nicht überschritten werden.

Berlin, den 24. März 1948.
(PrA. B I—1650—802/48)

Magistrat von Groß-Berlin
Preisamt
Illmer

Polizei

Sperrung eines Havelgebietes zwischen den Inseln Lindwerder und Schwanenwerder und weitere Vorsichtsmaßnahmen

Auf Grund der §§ 14 und 41 des Polizeiverwaltungsgesetzes wird wegen der Gefahr von Explosionen folgendes angeordnet:

1. Die seeartig erweiterte Havel zwischen der Insel Lindwerder und Schwanenwerder wird östlich der Schiffahrtslinie sofort gesperrt. In diesen unter Ziffer 2 näher bezeichneten Raum darf sich niemand, auch nicht vorübergehend, begeben. Jeder Verkehr mit Wasserfahrzeugen, Wasserflugzeugen, Fischereifahrzeugen, wie auch jede Fischereiausübung, Badebetrieb, Sport usw. ist streng untersagt.

2. Die Sperrung verläuft von der Schiffsanlegestelle (wasserseitige Begrenzung der Landungsbrücke) auf der Nordwestseite der Insel Lindwerder in gerader Linie bis zum nordlichsten Punkt von Schwanenwerder; mehrere verankerte Markierungen sollen örtlich den Verlauf bezeichnen und entspricht von da ab der Uferlinie an Schwanenwerder, Klare Lanke 67, Fenster, Große Steinlanke und weiter aufwärts bis zur Anlegestelle der Fähre von Lindwerder, der Route des Fahrbetriebs folgend, an dem Südufer dieser Insel entlang bis zum Ausgangspunkt an der wasserseitigen Landungsbrücke der Insel.

Demnach befindet sich die Insel Lindwerder mit Anlegestelle und Fährbetrieb ebenso wie Schwanenwerder außerhalb der Sperrzone. Es wird den Inhabern der bebauten Grundstücke auf der Nordseite von Lindwerder und Klare Lanke der Verkehr mit Wasserfahrzeugen in einem Abstand von 200 m vom Ufer auf der erwähnten Uferstrecke gestattet und zwar auf eigene Gefahr.

3. Zuwiderhandlungen, verdächtige Hantierungen oder Explosionen im Sperrgebiet sind sogleich der Wasserschutzpolizeistation „Unterer Gemünd" (Scharfe Lanke 67—69, Fernruf 37 27 31) oder der nächsten Polizeidienststelle zu melden.

Für den Fall von Explosionen im Sperrgebiet ist entsprechendes Verhalten (Kellersuchen, Zubodenwerfen) geboten.

4. Als weitere Vorsichtsmaßnahme wird angeordnet, daß in der Nähe des Sperrgebietes jede größere Ansammlung von Menschen (z. B. Schulausflügen, Badebetrieb, Sport im Sommer und Winter) vermieden werden muß. Der in Betracht kommende Raum ist durch folgende Punkte der Umgebung bezeichnet: Kaiser-Wilhelm-Turm, Entwässerungsgraben nördlich der Siedlung Gatow-Süd, Kledower Damm, Neu-Kledower Allee (Schloß von Neu-Kledow) Südufer von Schwanenwerder und von hier aufwärts zum Ausgangspunkt Kaiser-Wilhelm-Turm im Wald in einen Kilometer Abstand vom Havelufer. Die Wirtschaftsbetriebe am genannten Turm und das Freibad Wannsee werden nicht betroffen.

Berlin, den 9. März 1948.
(Abteilung III Wa. 77 02)

Der Polizeipräsident.

Sperrzeit für Tauben 1948

Auf Grund des § 1 der Verordnung zum Schutz der Felder und Gärten gegen fremde Tauben vom 4. März 1933 (GS. S. 64) in der Fassung der Verordnung vom 13. Dezember 1934 (GS. S. 464) sowie auf Grund des § 30 des Feld- und Forstpolizeigesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1926 (GS. S. 83) wird für den Polizeibezirk Berlin folgendes angeordnet:

§ 1

Zum Schutze der Frühjahrsbestellung sind vom 15. März 1948 ab bis zum 30. April 1948 Tauben derart zu halten, daß sie die bestellten Felder und Gärten nicht aufsuchen können.

§ 2

Wer den Vorschriften dieser Anordnung zuwiderhandelt, wird nach § 30 des Feld- und Forst-Polizei-Gesetzes bestraft.

§ 3

Diese Anordnung tritt mit dem 15. März 1948 in Kraft und mit Ablauf des 30. April 1948 außer Kraft.
Az. (V. 6309. 1/48).

Berlin, den 15. März 1948.

Der Polizeipräsident

II. Amtliche Bekanntmachungen

Magistrat

Personal und Verwaltung

Ungültigkeitserklärung von Dienstsiegeln

Folgende Dienstsiegel sind verlorengegangen und werden hiermit für ungültig erklärt:

„Bezirksamt Zehlendorf Groß-Berlin" Kennziffer 125
„Bezirksamt Köpenick Groß-Berlin / Verteilungsamt" Kennziffer 1
„Bezirksamt Neukölln Groß-Berlin / 51./52. Volksschule"
„Bezirksamt Neukölln Groß-Berlin / 57./58. Volksschule"

Sollten noch Bescheinigungen usw. mit einem Abdruck dieser Dienstsiegel vorgelegt werden, so sind sie einzuziehen und den betreffenden Bezirksämtern — Abteilung für Personal und Verwaltung — zur Nachprüfung zu übersenden.

Berlin, den 9. März 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Abteilung für Personal und Verwaltung
i. A.: Schwartinski

Finanzwesen

Übersicht über die Einnahmen an Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben im Februar 1948 (in 1000 RM)

Bezeichnung der Einnahmen	Februar 1948 RM	
I. Ehemalige Reichssteuern		92 237
darunter		
1. Lohnsteuer	35 983	
2. Einkommensteuer für Veranlagte (einschließl. Vorauszahlung)	16 102	
3. Körperschaftsteuer	2 810	
4. Vermögensteuer	5 166	
5. Umsatzsteuer	20 864	
6. Rennwettsteuer	3 846	
II. Gemeindesteuern		42 770
darunter		
1. Grundsteuer	21 236	
2. Gewerbesteuer	15 973	
3. Vergnügungsteuer	3 132	
4. Getränkesteuer	1 525	
III. Zölle und Verbrauchsabgaben		20 251
darunter		
1. Tabaksteuer	14 127	
2. Biersteuer	5 191	
IV. Gesamteinnahme		155 258

LFA-Präs. Abt
S 1962 — 2/47

Berlin, den 5. März 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Finanzabteilung
Dr. Haas

Verzinsung und Tilgung der Mittel aus dem Gebäudeinstandsetzungsfonds und der Sondermittel für die Durchführung des Union-Bauprogramms

Die Verzinsung und Tilgung der von der Wohnungsbau-Kreditanstalt nach den Grundsätzen des Magistrats der Stadt Berlin vom 15. Oktober 1945 VOBl. 1945 S. 134 und 1947 S. 84) ausgegebenen Mittel aus dem Gebäudeinstandsetzungsfonds wird weiter bis zum 31. März 1949 ausgesetzt.

Für die nach den Richtlinien für die Durchführung des Union-Bauprogramms vom 4. August 1947 ausgegebenen Darlehen soll die Verzinsung ebenso wie die Tilgung erst mit dem 1. April oder 1. Oktober, der zuerst auf die Auszahlung der letzten Rate des Darlehns folgt, beginnen. Die Verzinsung wird jedoch, wie bei den Darlehen aus dem Gebäudeinstandsetzungsfonds, bis zum 31. März 1949 ausgesetzt.

Berlin, den 9. März 1948

Magistrat von Groß-Berlin
Finanzabteilung
Dr. Haas

Abführung der Lohnsteuer

Die einbehaltene Lohnsteuer ist ab 1. April 1948 von den Arbeitgebern zu den folgenden Terminen an die Kasse des Finanzamtes der Betriebsstätte abzuführen:

1. spätestens am 10. Tage nach Ablauf jeden Kalendermonats, wenn die einbehaltene Lohnsteuer im letzten vorangegangenen Kalenderjahr monatlich durchschnittlich mehr als 500 RM betragen hat,
2. spätestens am 10. Tage nach Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres, wenn die einbehaltene Lohnsteuer im letzten vorangegangenen Kalenderjahr monatlich durchschnittlich mehr als 5 RM, aber nicht mehr als 500 RM betragen hat,
3. spätestens am 10. Tage nach Ablauf jeden Kalenderjahres, wenn die einbehaltene Lohnsteuer im letzten vorangegangenen Kalenderjahr monatlich durchschnittlich nicht mehr als 5 RM betragen hat.

Hat der Betrieb im letzten vorangegangenen Kalenderjahr noch nicht bestanden, so richtet sich der Zeitpunkt für die Abführung der Lohnsteuer danach, ob die einbehaltene Lohnsteuer im ersten vollen Kalendermonat nach Eröffnung des Betriebes die in den Ziffern 1, 2 oder 3 bezeichneten Beträge überstiegen hat.

Bei unpünktlicher Abführung der Lohnsteuer oder, wenn es sonst zur Sicherung des Steueraufkommens erforderlich ist, kann das Finanzamt statt der vierteljährlichen die monatliche und statt der jährlichen die vierteljährliche Abführung verlangen.

LFA — St I 3
S 2234 — 1/48

Berlin, den 10. März 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Finanzabteilung
Dr. Haas

Öffentliche Zahlungserinnerung für Gemeinde- und ehemalige Reichssteuern

Im Monat April 1948 werden folgende Gemeinde- und ehemalige Reichssteuern fällig:

A. Gemeindesteuern

a) Getränkesteuer für den Monat März 1948, fällig bis zum 10. April 1948,
b) Lohnsummensteuer für das Kalendervierteljahr Januar/März 1948, fällig bis zum 15. April 1948.

B. Ehemalige Reichssteuern

a) Einkommensteuer (veranlagte Kirchensteuer) und Körperschaftsteuer für das abgelaufene Kalendervierteljahr Januar/März 1948, fällig bis zum 20. April 1948,
b) Lohnsteuer einschl. des Kirchensteuerabzuges vom Arbeitslohn für den Monat März 1948 bzw. das abgelaufene Kalendervierteljahr Januar/März 1948, fällig bis zum 10. April 1948,
c) Umsatzsteuervorauszahlungen für den Monat März 1948 oder das abgelaufene Kalendervierteljahr Januar/März 1948, fällig am 10. April 1948.

Umsatzsteuerzahler, welche ihre Einkommensteuer an dieselbe Finanzkasse zu entrichten haben, die für ihre Umsatzsteuerzahlung zuständig ist, können beide Steuerarten bis zum 20. April d. J. gemeinsam zahlen, ohne daß Verzugsfolgen (Säumniszuschläge, Vollstreckungsmaßnahmen) eintreten.

d) Beförderungsteuer für den Personenverkehr mit Kraftwagen für den Monat März 1948, fällig bis zum 10. April 1948,
e) Beförderungsteuer für den Güterfernverkehr mit Kraftwagen für den Monat März 1948 fällig bis zum 20. April 1948,
f) Abschlagszahlungen der Beförderungsteuer für die Beförderung von Personen und Gütern auf Schienenbahnen für den Monat März 1948 fällig bis zum 26. April 1948.

Die fällig gewordenen Beträge sind spätestens bis zu den angegebenen Fälligkeitstagen an das zuständige Finanzamt — Finanzkasse — zu entrichten. Gemäß § 16 Beitreibungsordnung wird hierdurch an ihre pünktliche Zahlung erinnert.

Gleichzeitig wird hiermit aufgefordert, außer den vorgenannten fälligen Beträgen auch alle nicht gestundeten sonstigen Rückstände an Gemeinde- und ehemaligen Reichssteuern nebst Gebühren und Kosten, die den Finanzkassen noch geschuldet werden, unverzüglich zu zahlen.

Bei nicht rechtzeitiger Zahlung bis zum Fälligkeitstage ist ein Säumniszuschlag von 2 Prozent des Rückstandes verwirkt.

Bargeldlose Zahlung, besonders durch Überweisung auf das Postscheck- oder Girokonto der Finanzkasse, ist erwünscht.

Eine Woche nach dem Eintritt der Fälligkeit beginnt die Zwangsvollstreckung wegen aller dann noch rückständiger Beträge, durch die Zwangsvollstreckung entstehen weitere Gebühren.

LFA — OEP. II 1c — O 2150 — 4/48.

Berlin, den 1. April 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Finanzabteilung
Dr. Haas

Banken und Versicherungen

Untersagung des Geschäftsbetriebes eines Versicherungsvereins

Gemäß § 93 Ziffer 7 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen in der Fassung vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315) in Verbindung mit der Anordnung der Alliierten Kommandantur BK/O (47) 17 vom 23. Januar 1947 (VOBl. 1947 S. 19) wird hiermit veröffentlicht:

„Der Pensionskasse der Angestellten des Stickstoffsyndikats GmbH., Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, in Berlin SW 11, Dessauer Straße 28/29, wird nach § 37 des Versicherungsaufsichtsgesetzes in Verbindung mit § 95a des Versicherungsaufsichtsgesetzes der Geschäftsbetrieb untersagt.

Die Untersagung hat die Wirkung eines Auflösungsbeschlusses.

Zum Vermögensverwalter der Kasse wird der Vorsitzende des Vorstandes der Kasse, Herr Rieger, bestellt.

Der von der Mitgliederversammlung am 12. November 1947 gefaßte Beschluß, die Kasse aufzulösen, ist aus formalen Gründen nicht rechtswirksam. Da der Tatbestand, der ihn veranlaßte, aber auch die Voraussetzungen des § 87 des Versicherungsaufsichtsgesetzes erfüllt, ist der Kasse der Geschäftsbetrieb untersagt worden."

Berlin, den 13. März 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Aufsichtsamt für das Versicherungswesen
Gießen

Arbeit

Lehrlingsvergütungen

Die Bekanntmachung des Magistrats von Groß-Berlin über Lehrlingsvergütungen vom 7. Oktober 1947 (VOBl. 1947 S. 255), in der es unter Bezugnahme auf eine Anordnung der Alliierten Kommandantur vom 5. Juni 1947, LAB/I (47) 35 heißt, daß alle Arten von Lehrlingsvergütungen als Lohn anzusehen und zu behandeln sind, hat zu Mißverständnissen Anlaß gegeben.

Es wird festgestellt:

Die Anordnung der Alliierten Kommandantur vom 7. Oktober 1947 verändert in keiner Weise den bisherigen arbeitsrechtlichen Charakter der Lehrverhältnisse. Die Bestimmungen, die bis zu dieser Anordnung für das Lehrverhältnis maßgeblich waren, so u. a. die Vorschriften der Gewerbeordnung, des Handelsgesetzbuches und der Anordnung zur Vereinheitlichung der Erziehungsbeihilfen und sonstigen Leistungen an Lehrlinge und Anlernlinge in der privaten Wirtschaft vom 25. Februar 1943 (RABl. S I/164), sind durch die Anordnung der Alliierten Kommandantur weder aufgehoben noch abgeändert worden.

Die Anordnung der Alliierten Kommandantur, indem sie die Lehrlingsvergütung dem Lohn gleichstellt, erschöpft sich darin, die Direktive 61 (vergleiche Bekanntmachung und Anordnung zur Direktive 14 im VOBl. 1946 S. 403) dahingehend zu interpretieren, daß Lehrlingsvergütungen unter 100 RM monatlich bis zu 100 RM erhöht werden können.

Berlin, den 9. März 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Abteilung für Arbeit
Wald Schmidt

Bau- und Wohnungswesen

Bestätigung von Sachverständigen für baufachliche und bauvertragliche Fragen

(VOBl. Berlin 1946 S. 470/71, 1947, S. 191/92, 1948, S. 103)

Als Sachverständige für baufachliche und bauvertragliche Fragen (Bausachverständige) wurden vom Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung für Bau- und Wohnungswesen, bestätigt:

Für

I. Hochbau, allgemein:

1. Erich Pieper, Architekt, Berlin W 30, Heilbronner Straße 3, Tel.: 24 37 15.
2. Willy Sachs, Architekt, Berlin-Lichterfelde-West, Fontanestraße 4a.
3. Hans Urban, Architekt und Bauingenieur Berlin N 65, Afrikanische Straße 142, Tel.: 46 31 42.

XII. Kanalisation, Wasserabdichtungen, Be- und Entwässerung von Grundstücken, Wasserversorgung:

4. Oscar Simon, Baurat a. D., Berlin-Karlshorst, Prinz-August-Wilhelm-Straße 20.

XVI Abschätzung von Grundstücken und Gebäuden:

5. Werner Arndt, Architekt, Berlin-Charlottenburg, Luisenplatz 5a, Tel.: 32 28 46
6. Walter Metzing Rats- und Baumeister, Berlin W 35, Kurfürstenstraße 2 Tel.: 22 20 44-45
7. Erich Pieper, Architekt, Berlin W 30, Heilbronner Straße 3, Tel.: 24 37 15
8. Willy Sachs Architekt Berlin-Lichterfelde-West, Fontanestraße 4a.

Berlin, den 9. März 1948

Magistrat von Groß-Berlin
Abteilung für Bau- und Wohnungswesen
I. V.: Starck

Verkehr und Versorgungsbetriebe

Vertretung der städtischen Eigenbetriebe

Die Bekanntmachung vom 3. Juli 1946 über Vertretung der Eigenbetriebe (VOBl. 1946 S. 220) ist in Absatz 1, 1 „Vertretung des Eigenbetriebes Berliner Gaswerke" wie folgt zu ergänzen:

Zum stellvertretenden Werkleiter mit der Dienstbezeichnung „stellvertretender Direktor" ist bestellt Dr. Ing. Witt.

Berlin, den 8. März 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Abteilung für Verkehr und Versorgungsbetriebe
I. A.: Butschkau

Polizei

Ausbruch der Räude

In den Einhufer-Beständen der Pferdebesitzer

1. Herbert Eisenmenger, Berlin NO 55, Marienburger Straße 30,
2. Erwin Borchard, Berlin N 58, Pappelallee 64,

ist amtstierärztlich der Ausbruch der Räude festgestellt worden. Die Sperrmaßnahmen richten sich nach den §§ 246—258 der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Viehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911.

Berlin, den 1. März 1948.

Der Polizeipräsident

Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels

Das Dienstsiegel mit der Umschrift

„Polizeipräsident in Berlin, Polizeiinspektion Prenzlauer Berg",

ist am 21. Februar 1948 entwendet worden. Alle vom 21. Februar 1948 ab mit diesem Siegel gefertigten Abdrucke werden hiermit für ungültig erklärt.

Berlin, den 10. März 1948

Der Polizeipräsident

Erlöschen der ansteckenden Blutarmut der Einhufer

Das Erlöschen der ansteckenden Blutarmut im Pferdebestand der Brotfabrik Gebr. Gollin, Berlin-Charlottenburg, Galvanistraße 8, ist amtstierärztlich festgestellt. Die angeordneten Schutzmaßregeln sind aufgehoben.

Berlin, den 15. März 1948.

Der Polizeipräsident

Ausbruch der Räude

In dem Pferdebestand des:

Rudolf Filter, Berlin-Marzahn, Alt-Marzahn 63,

ist die Räude der Einhufer amtstierärztlich festgestellt worden. Die Schutzmaßnahmen richten sich nach dem in den Bundesratsausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 — §§ 246—258 — erlassenen Bestimmungen.

Berlin, den 20. März 1948.

Der Polizeipräsident

Bezirksämter

Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels

Das bei dem Einbruch in die Kartenstelle 72 in Verlust geratene Dienstsiegel
— Bezirksamt Prenzlauer Berg/Groß Berlin —
Kennziffer: Kartenstelle Nr. 23
wird hiermit gemäß § 22 der Geschäftsordnung für die Verwaltung der Stadt Berlin für ungültig erklärt.

Sollten Bescheinigungen usw. mit dem Abdruck dieses Dienstsiegels vorgelegt werden, so sind diese einzuziehen und dem Bezirksamt Prenzlauer Berg — Ernährungsamt —, Nordmarkstraße 7, zuzuleiten.

Berlin, den 3. März 1948

Bezirksamt Prenzlauer Berg von Groß-Berlin
Abteilung für Personalfragen und Verwaltung
Kördel

Bestätigung von Schiedsmännern

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Alliierte Kommandantur sind auf Vorschlag des Bezirksamts Treptow der kaufmännische Angestellte August Koch, Berlin-Bohnsdorf, Pitschener Straße 6 als Schiedsmann-Stellvertreter für den Schiedsmannbezirk Bohnsdorf und der Verwaltungsangestellte Gustav Pirsich Berlin-Johannisthal, Ebenweg 37, als Schiedsmann-Stellvertreter für den Schiedsmannbezirk Johannisthal durch das Präsidium des Landgerichts Berlin bestätigt worden.

Berlin-Treptow, den 11. März 1948.

Bezirksamt Treptow von Groß-Berlin
Abt. für Personal und Verwaltung
Soost

Justizbehörden

Der Kammergerichtspräsident
Az. 7311. 1/48. A. KG.

Berlin C 2, den 1. März 1948.

Rundverfügung

Stellung prozessualer Sicherheiten durch Bankbürgschaften (§ 108 ZPO)

Die Hermes-Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft in Berlin W 8, Jägerstraße 27, hatte im Rahmen der von ihr betriebenen Prozeßkautionsversicherung bis zur Beendigung der Kampfhandlungen und den damit im Zusammenhang stehenden Umbruch der Verhältnisse in einer Reihe von Fällen auch bei den Berliner Gerichten Bürgschaften als Sicherungsleistung übernommen und die damaligen Berliner Gerichte hatten die Hermes-A.G. regelmäßig als tauglichen Bürgen angesehen und zugelassen.

Die Hermes-Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft hat nun mitgeteilt, daß ihr Geschäftsbetrieb, der infolge der durch die Beendigung der Kampfhandlungen geschaffenen Lage vorübergehend geruht hatte, nunmehr wieder aufgenommen worden ist. Die Hermes ist mit der Bitte an die Justizverwaltung herangetreten sie wieder als tauglichen Bürgen gemäß § 108 ZPO zuzulassen. Zur Begründung dieser Bitte hat sie ausgeführt, sie sei durch Verfügung des Magistrats von Groß-Berlin, Versicherungsausschuß, vom 1. Februar 1946 wieder zum Geschäftsbetrieb in Berlin zugelassen worden. Seit vielen Jahren als Zoll- und Steuerbürge gemäß § 29 der Stundungsordnung anerkannt, sei sie nach dem Zusammenbruch für die britische Besatzungszone mit einem Limit von 5 000 000 RM, für die amerikanische Besatzungszone mit einem Limit von 10 000 000 RM als tauglicher Bürge zugelassen worden; für die sowjetische Besatzungszone und für Groß-Berlin sei die Beantragung eines Limits in Aussicht genommen; als Spezialgesellschaft für die Kreditversicherung verfüge sie über eine langjährige Erfahrung; die bedeutendsten deutschen Gesellschaften stünden als Rückversicherer hinter ihr.

Auf meine Anfrage hat sich der Magistrat von Groß-Berlin — Aufsichtsamt für das Versicherungswesen — dahin geäußert, daß von Aufsichts wegen gegen die Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit der Hermes keine Bedenken bestünden, das Aufsichtsamt infolgedessen nichts dagegen einzuwenden habe, daß die Hermes als tauglicher Bürge gemäß § 239 des BGB angesehen werde.

Hiervon gebe ich Kenntnis, wobei ich darauf hinweise, daß gemäß § 108 ZPO das Gericht im Einzelfalle nach seinem Ermessen bestimmt, in welcher Art und Höhe die Sicherheit zu leisten ist.

Dr. Strucksberg

Der Kammergerichtspräsident Berlin C 2, den 20. März 1948.
Az. 3324, 668/45. A. KG.

Rundverfügung
Übertragung von Zuständigkeiten des Amtsgerichts Berlin-Mitte

Mit Genehmigung des Rechtskomitees der Alliierten Kommandantur wird die Verfügung des Stadtgerichtspräsidenten vom 24. Juli 1945 — I.2.668.45 — betreffend Übergang von Zuständigkeiten auf das Amtsgericht Berlin-Mitte wie folgt abgeändert:

Zu I, 2. . . ., ferner die Führung des Binnenschiffsregisters für Schiffe, deren Heimatort im Stadtgebiet von Groß-Berlin liegt.

Z I, 5. Die Erledigung von Rechtshilfeersuchen aller Art einschließlich der freiwilligen Gerichtsbarkeit mit Ausnahme der aus dem Ausland eingehenden Zustellungsanträge sowie der Ersuchen, bei deren Ausführung die Vernehmungen nicht an Gerichtsstelle zu erledigen sind — Rechtshilfeersuchen der Berliner Gerichte untereinander sind unzulässig — alle entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben.

Dr. Strucksberg

Liste der zugelassenen Rechtsanwälte

Mit Zustimmung der Alliierten Kommandantur in Berlin sind folgende Rechtsanwälte neu zugelassen und in die Liste der bei den Berliner Gerichten zugelassenen Rechtsanwälte eingetragen worden:

1. Dr. Günther Schubart, Berlin-Zehlendorf, Schadestr. 20;
2. Dr. Heinz Elb, Berlin W 15, Lietzenburger Str. 37;
3. Dr. Kurt Mäckel, Berlin-Charlottenburg 9, Bolivarallee 9;
4. Dr. Kurt Wannow, Berlin-Charlottenburg 5, Kuno-Fischer-Str. 20;
5. Oskar Boltz, Berlin-Neukölln, Karl-Marx-Str. 51;
6. Dr. Edmund Kocheim, Berlin W 30, Bamberger Str. 41;
7. Heinrich Leidert, Berlin-Steglitz, Schöneberger Str. 2 a;
8. Wolfgang Kirsch, Berlin-Zehlendorf, Teltower Damm 23;
9. Hans Werner Pape, Berlin-Charlottenburg 5, Suarezstr. 21;
10. Hans Hafner, Berlin SO 36, Elsenstr. 75.

In der Liste der bei den Berliner Gerichten zugelassenen Rechtsanwälte sind folgende Rechtsanwälte gelöscht worden:

1. Dr. Georg Fröhlich, Berlin W 15, Uhlandstr. 171;
2. Dr. Karl Bartling, Berlin-Wilmersdorf, Güntzelstr. 60;
3. Dr. Oskar Krause, Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstr. 30;
4. Dr. Hermann Scheer, Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 18;
5. Dr. Bruno Dommer, Berlin NW 7, Unter den Linden 54;
6. Dr. Karl Boeters, Berlin-Frohnau, Weißenallee 47—49;
7. Dr. Hans Lukascheck, Berlin-Charlottenburg, Lindenallee 7;
8. Heinrich Goebel, Berlin-Zehlendorf, Vopeliuspfad 10;
9. Dr. Rudolf Dix, Berlin-Grunewald, Berkaer Str. 30;
10. Christian Weickert, Berlin-Tempelhof, Berliner Str. 73;
11. Wilhelm Prothmann, Berlin-Friedenau, Isoldestr. 2;
12. Erich Krekeler, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 96;
13. Dr. Wilhelm Schütz, Berlin-Zehlendorf, Prinz-Handjery-Str. 67;
14. Franz Alpermann, Berlin-Biesdorf, Walsheimer Str. 95;
15. Dr. Bruno van der Moolen, Berlin N 4, Chausseestr. 22 II;
16. Dr. Walter Beese, Berlin N 54, Lothringer Str. 6;
17. Dr. Emil Becker, Berlin-Frohnau, Hambacher Weg 7;
18. Dr. Gerhard Wendland, Berlin-Pankow, Kissingenstr. 45;
19. Dr. Günther Sparr, Berlin-Friedenau, Niedstr. 12.

Berlin, den 20. Januar 1948

Der Vizepräsident des Kammergerichts
Dr. Hartmann

Ungültigkeitserklärung eines Personalausweises

Folgender Personalausweis ist verlorengegangen und wird hiermit für ungültig erklärt:

Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht, Personalausweis Nr. 69 mit Lichtbild des Justizsekretärs Emil Klückmann, geboren am 6. August 1885 in Berlin, wohnhaft in Berlin-Spandau, Weverstraße 8.

Sollte der Personalausweis vorgelegt werden so ist dieser einzuziehen und der Generalstaatsanwaltschaft beim Kammergericht in Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 10—17, zu übersenden.

Berlin, den 18. Februar 1948

Der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht
I. V.: Dr. Neumann

Öffentliche Zustellungen

Der kaufmännische Betriebsleiter Hans Eugen Meyer in Berlin-Wilmersdorf, jetzt Wiesbaden-Rambach, Haus Waldeck, klagt gegen die Firma Dr. Wilhelm Kintze, Elitol-Erzeugnisse, Berlin C 2, Dircksenstraße 26/27, vertreten durch den Inhaber Dr. Wilhelm Kintze, früher in Neuenhagen bei Berlin, Friedenstraße 45, Siedlung — gegenwärtiger Aufenthaltsort des Beklagten nicht zu ermitteln —, wegen Feststellung mit dem Antrage auf 1. Kündigungswiderruf oder Entschädigung, 2. Zahlung der rückständigen Gehaltsdifferenz seit 1. März 1943.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird die Beklagte vor das Arbeitsgericht in Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstraße 31, auf Freitag, den 28. Mai 1948, 9.30 Uhr, Zimmer 130, geladen.
Az. 2. Arb. 72/47.

Berlin, den 2. März 1948.

Arbeitsgericht von Groß-Berlin

Die Erben der Witwe Ida Tews geb. Langner in Berlin-Pankow, Gaillardstraße 29, vertreten durch ihren Generalbevollmächtigten Wilhelm Krause in Berlin-Pankow, Wollankstr. 75/76, — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Waldemar Adler, Berlin-Pankow, Wollankstr. 128 I —, klagt gegen den Hauswart Willi Krüger, zuletzt wohnhaft gewesen Neu-Trebbin bei Kröter (zur Zeit unbekannten Aufenthalts), wegen Räumung der im Hause Berlin-Pankow, Gaillardstr. 29, belegenen Wohnung.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Amtsgericht Berlin-Pankow, Zimmer 23, 1. St., auf den 28. Mai 1948, 9 Uhr, geladen.
Az. 32. C. 573/47.

Berlin-Pankow, den 8. März 1948.

Amtsgericht Pankow

Die Frau Johanna Tiemann, Berlin SO 36, Muskauer Str. 12, vertreten durch Herrn Arthur Rühle, Berlin-Niederschönhausen, Blankenburger Str. 78, klagt gegen die Frau Mia Hladick, zuletzt wohnhaft Berlin SO 36, Lausitzer Platz 1, jetzt unbekannten Aufenthalts, wegen Herausgabe, mit dem Antrage, die Beklagte zu verurteilen, die in dem Pfändungsprotokoll vom 31. August 1947 aufgeführten Gegenstände freizugeben und die im Beschluß vom 19. August 1947 noch aufgeführten und bei der Sicherstellung nicht angetroffenen Gegenstände herbeizuschaffen oder durch Eidesauflegung den Nachweis über dem Verbleib zu erbringen. Der Beklagten die Kosten des Rechtsstreits auch in Sachen 2 Q 266.47 aufzuerlegen.

Die Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreites vor das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg in Berlin SW 11, Mockernstr. 129, Zimmer 264, auf den 18. Mai 1948, 9 Uhr, geladen.
Az. 3 C 340/48.

Berlin, den 19. Februar 1948.

Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Der Kaufmann Franz Bergmann in Berlin NW 7, Albrechtstraße 8 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Fillié in Berlin W 15, —, klagt gegen 1. den Kaufmann Felix A. Huhn, 2. dessen Ehefrau Gertrud Huhn, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage:

I. den Beklagten zu 1. zu verurteilen, an den Kläger RM 200 000 — zweihunderttausend Reichsmark — nebst 3½ Prozent Zinsen seit dem 1. Oktober 1945 am 15. Oktober 1947 zu zahlen;
II. festzustellen, daß die Beklagte zu 2. dem Kläger in Höhe von RM 200 000 als Bürgin haftet, sofern der Kläger durch den Beklagten zu 1. nicht befriedigt wird;
III. den Beklagten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen;
IV. das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Der Kläger ladet die Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 8. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Zimmer 13, auf den 28. Mai 1948, 12 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 8. O. 314/47.

Berlin-Zehlendorf, den 28. Februar 1948.

Landgericht Berlin

Der Bauklempner Werner Engel in Berlin-Buchholz, Grüner Stern 13 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Otto Germer, Berlin-Pankow, Breite Straße 41 —, klagt gegen die Frau Frieda Engel geb. Hindenberg, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien unter Alleinschuld der Beklagten zu scheiden.

Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 5. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Zimmer 2, auf den 28. Mai 1948, 9.30 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 5. R. 97/48.

Berlin-Zehlendorf, den 12. Februar 1948.

Landgericht Berlin

Die Frau Maria Walter geb. Knaak, Berlin-Reinickendorf-Ost, Felseneckstr. 20 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Ernst Schneider, Berlin W 15, Schlüterstr. 41 —, klagt gegen den Friedrich Walter, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien aus Alleinschuld des Beklagten zu scheiden.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 8. Zivilkammer des Landgerichts Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Zimmer 13 auf den 28. Mai 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 8. R. 568/45.

Berlin-Zehlendorf, den 13. Februar 1948.

Landgericht Berlin

Frau Ursula Engler geb. Brauer, Berlin-Spandau, Reichsstraße 20/32 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Münch und Maeder in Berlin-Spandau, Carl-Schurz-Straße 58 —, klagt gegen den Kraftfahrer Walter Engler, zuletzt wohnhaft in Berlin-Spandau, An der Kappe 73 bei Seidel, zur Zeit unbekannten Aufenthalts auf Scheidung.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 5. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Saal 2, auf den 28. Mai 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 5. R. 907/47.

Berlin-Zehlendorf, den 13. Februar 1948.

Landgericht Berlin

Frau Magdalena Bachstelz geb. Schreiber, wohnhaft in Berlin N 54, Zehdenicker Str. 14 bei Winter — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. W. Kauffmann, Berlin NW 40, Alt-Moabit 110 —, klagt gegen den früheren Polizeianwärter Horst Bachstelz, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien zu scheiden und den Beklagten als schuldigen Teil zu erkennen.

Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Saal 4, auf den 1. Juni 1948, 9½ Uhr, geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 2. R. 107/48.

Berlin-Zehlendorf, den 19. Februar 1948.

Landgericht Berlin

Frau Frieda Berger geb. Draht, Berlin N 65, Schulzendorfer Str. 24 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Hans Müller, Berlin NW 40, Alt-Moabit Nr. 126 —, klagt gegen den Zimmermann Alois Berger, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin N 65, Schulzendorfer Str. 24, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des Landgerichts Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Zimmer 4, auf den 1. Juni 1948, 9.30 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 2. R. 26/48.

Berlin-Zehlendorf, den 18. Februar 1948.

Landgericht Berlin

Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht in Berlin klagt gegen die 1. Friseur (Kellner) Fritz Friedrich Georg Kuschinsky, geboren am 13. Juni 1912 in Kinderweitschen, Krs. Stallupönen, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, 2. die Serviererin Irmgard Kuschinsky, geb. Swinka, geboren am 24. Mai 1912 in Berlin, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, festzustellen, daß die zwischen ihnen am 26. September 1945 vor dem Standesamt Berlin-Kreuzberg (1095/45) geschlossene Ehe nichtig ist.

Der Kläger ladet die Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 9. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Zimmer 13, auf den 2. Juni 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 9. R. 1522/46.
Berlin-Zehlendorf, den 2. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Der Polizeiwachtmeister Walter Labahn, Berlin N 4, Bergstr. 2 — Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. A. Hüssener, Dr. Fritz Detert, Berlin N 4, Chausseestr. 13 —, klagt gegen seine Ehefrau Else Labahn geb. Smentek, zuletzt in Berlin N 4, Elsässer Str. 73, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe aus alleinigem Verschulden der Beklagten zu scheiden.
Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 11. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Veronikasteig 8, Zimmer 6, auf den 3. Juni 1948, 11 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 11. R. 132/48.
Berlin-Zehlendorf, den 24. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Der Kistenmacher Karl Krüger, Berlin-Oberschöneweide, Rheinbeckstr. 3 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Nicolai, Berlin-Oberschöneweide, Wilhelminenhofstr. 31 —, klagt gegen seine Ehefrau Martha Krüger geb. Töpfer zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien aus alleinigem Verschulden der Beklagten zu scheiden.
Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 11. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Veronikasteig 8, Zimmer 6, auf den 3. Juni 1948, 11 Uhr, mit der Aufforderung sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 11. R. 853/47.
Berlin-Zehlendorf, den 19. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Die Ehefrau Hildegard Lau geb. Teutsch, Berlin-Heiligensee, Am Waldessaum 535 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Gustav Baurschmidt, Berlin-Tegel, Alt-Tegel 15 —, klagt gegen den technischen Kaufmann Willi Lau, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Heiligensee, Am Waldessaum 535, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien aus alleinigem Verschulden des Beklagten zu scheiden.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 12. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8, Zimmer 6, auf den 3. Juni 1948, 11 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 11. R. 123/48.
Berlin-Zehlendorf, den 21. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Die Ehefrau Agnes Schulz, geb. Lübke, Berlin N 4, Ackerstraße 156, Quergebäude III — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Hensel, Berlin-Charlottenburg, Neue Kantstraße 20, klagt gegen den Kraftfahrer Erich Schulz, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin N 4, Ackerstraße 156, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Reichsstreits vor die 14. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8 Saal 6, auf den 5. Juni 1948, 10 Uhr mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 14. R. 16/47.
Berlin-Zehlendorf, den 3. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Die Frau Irmgard Schröder in Berlin-Charlottenburg, Herbarthstraße 21 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Wannow, Berlin-Charlottenburg, Kuno-Fischer-Straße 20 —, klagt gegen Hans Schröder, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung aus Schuld des Beklagten.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 21. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8 Zimmer 9, auf den 7. Juni 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 21. R. 127/48.
Berlin-Zehlendorf, den 24. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Der Uhrmacher Karl Kurzhals, Berlin-Spandau, Feldstraße 18 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Otto Dames, Berlin-Spandau, Carl-Schurz-Straße 14 —, klagt gegen seine Ehefrau Elsa Kurzhals, geb. Glowacz, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe aus alleinigem Verschulden der Beklagten zu scheiden.
Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 11. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Veronikasteig 8, Zimmer 6, auf den 10. Juni 1948, 11 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 11. R. 968/47.
Berlin-Zehlendorf, den 25. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Der Fleischer Walter Lasarski, Beilngries (Oberbayern), Haus Nr. 10 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Carl Riebold, Berlin W 30, Keithstraße 12 —, klagt gegen seine Ehefrau Helene Lasarski, geb. Runau, zuletzt in Berlin-Charlottenburg jetzt unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien aus alleinigem Verschulden der Beklagten zu scheiden.
Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 11. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Veronikasteig 8, Zimmer 6, auf den 10. Juni 1948, 11 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 11. R. 131/48
Berlin-Zehlendorf, den 24. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Die Frau Erna Röseler, geb. Bergeler, in Berlin, Rathenower Straße 28. — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Heim in Berlin, Behmstraße 19 —, klagt gegen den Kriminalangestellten Hermann Röseler, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien aus Verschulden des Beklagten zu scheiden.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 7. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Zimmer 13, auf den 10. Juni 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 7. R. 33/48
Berlin-Zehlendorf, den 26. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Die Ehefrau Gertrud Siedler in Berlin, Müllendorffstraße 6 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Schilling in Berlin, Gneisenaustraße 62 —, klagt gegen den Paul Siedler, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung aus Schuld des Beklagten. Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 21. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8, Zimmer 9, auf den 10. Juni 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 21. R. 954/47
Berlin-Zehlendorf, den 27. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Die Frau Lucie Hammerich geb. Sawitzki, in Berlin-Lichtenrade, Blumenthalstraße 7 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Koepke in Berlin-Lichtenrade —, klagt gegen den Kurt Hammerich, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien aus Alleinschuld des Beklagten zu scheiden.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 7. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Zimmer Nr. 13 auf den 10. Juni 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 7. R. 823/47.
Berlin-Zehlendorf, den 28. Januar 1948.
Landgericht Berlin

Die Verkäuferin Gerda Marmarowsky, geb. Zabel, Berlin SO 36, Görlitzer Straße 32 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Karl Pickert, Berlin-Neukölln, Ganghoferstraße 1 — klagt gegen den kaufmännischen Angestellten Kurt Marmarowsky, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe aus Alleinverschulden des Beklagten zu scheiden.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 13. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Saal 15, auf den 11. Juni 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 13. R. 340/47.
Berlin-Zehlendorf, den 18. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Der Kraftfahrer Kurt Wolff in Berlin-Pankow, Binzstraße 12 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Erich Taeger, Berlin-Pankow, Breite Straße 7 —, klagt gegen seine Ehefrau Gerda Wolff, geb. Müller, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien zu scheiden und die Beklagte für den alleinschuldigen Teil zu erklären.
Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 23. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8, Zimmer 9, auf den 12. Juni 1948, 9 Uhr mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 23. R. 118/47.
Berlin-Zehlendorf, den 10. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Die Frau Helene Lobotzki geb. Hupt, in Berlin-Friedrichsfelde, Wönnichstraße 66 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwältin Margarete Auerbach, Berlin-Friedrichsfelde, Alt-Friedrichsfelde 34 — klagt gegen ihren Ehemann Max Lobotzki zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien unter Alleinschuld des Beklagten zu scheiden und ihm die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 9. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Zimmer 13, auf den 12. Juni 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 9. R. 234/47.
Berlin-Zehlendorf, den 9. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Der Zugabfertiger Gerhard Schupke, Berlin NO 55, Greifstr. 34 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Georg Colshorn, Berlin-Charlottenburg 4, Mommsenstraße 42 — ladet seine Ehefrau Edith Schupke, geb. Beitz, Berlin NO 55, Greifstraße 34, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 13. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5 Saal 15, auf den 15. Juni 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 13. R. 861/46.
Berlin-Zehlendorf, den 19. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Der Bandweber Alfred Schreen, Berlin N 58, Schwedter Straße 79, Kläger — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Robert Zelle, Berlin W 35, Potsdamer Straße 137 —, klagt gegen seine Ehefrau Ursula Schreen, geb. Wisniewitz, Berlin N 58, Hofjebekeweg 17, bei Kunstmann, zur Zeit unbekannten Aufenthalt, wegen Ehescheidung mit dem Antrage: die Ehe der Parteien wird geschieden, die Beklagte trägt allein die Schuld, ihr werden die Kosten des Rechtsstreits auferlegt.
Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 19. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8, Zimmer 8, auf den 17. Juni 1948, 9 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 19. R. 616/47.
Berlin-Zehlendorf, den 26. Januar 1948.
Landgericht Berlin

Der Bankkaufmann Johannes Scholz, Berlin SW 29, Bekkhstraße 45 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Caudilla, Berlin N 4, Brunnenstr. 152 —, klagt im Urkundenprozeß gegen den Polsterer und Tapezierer Werner Prinz, früher in Berlin N 58, Swinemünder Straße 121, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, vertreten durch seinen Abwesenheitspfleger, Rechtsanwalt Helmuth Boden, Berlin-Wilmersdorf, Jenaer Straße 15, wegen 7000 RM nebst 4 Prozent Zinsen seit dem 15. März 1946.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 12. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Zimmer 4, auf den 24. Juni 1948, 12 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 12. P. 6/47.
Berlin-Zehlendorf, den 27. Februar 1948
Landgericht Berlin

Der Schlächtergeselle Gregor Tschopenko, Berlin-Steglitz, Plantagenstraße 21 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Erich Kraetke, Berlin-Steglitz, Klingsorstraße 13 —, klagt gegen seine Ehefrau Stanislava Tschopenko, geb. Kotler, früher in Berlin-Steglitz, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrag auf Ehescheidung.
Die Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 12. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Zimmer 4, auf den 24. Juni 1948, 12 Uhr geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 12. R. 74/48.
Berlin-Zehlendorf, den 24. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Die Frau Herta Schereschewsky, geb. Pohl, in Singen, Posthalterswäldle 58 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Hellmuth Killer, Berlin-Dahlem, Schwendener Straße 47 —, klagt gegen ihren Ehemann Dmitry Schereschewsky, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage: Die Ehe der Parteien zu scheiden und den Beklagten für den schuldigen Teil zu erklären.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 19. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8, Zimmer 8, auf den 24. Juni 1948, 9 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 19. R. 1074/47.
Berlin-Zehlendorf, am 19. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Frau Susanne Keller, geb. Egel, Berlin N 65, Schönwalder Straße 12 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Hans Rosenthal, Berlin N 65, Malteserstraße 172 a — klagt gegen den Friseur Paul Keller, wohnhaft in Montyn bei Metz (Lothringen), rue de Leon Barillot 44, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 12. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Zimmer 4, auf den 24. Juni 1948, 12 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 12. R. 679/47.
Berlin-Zehlendorf, den 7. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Die Frau Gertrud Manthey, geb. Neumann, Berlin NO 55, Christburger Straße 48 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Wilhelm Hoppe, Berlin O 112, Frankfurter Allee 79 — klagt gegen ihren Ehemann, den Kellner Heinz Manthey, früher in Berlin NO 55, Winsstraße 53, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrag auf Ehescheidung.
Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 12. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Zimmer 4, auf den 24. Juni 1948, 12 Uhr geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 12. R. 89/48.
Berlin-Zehlendorf, den 23. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Der Geschäftsführer Alfred Lehmann, Berlin-Biesdorf, Elisabethstraße 73 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Aretz, Berlin-Lichterfelde-Ost, Schillerstraße 29 a — klagt gegen seine Ehefrau Anna Lehmann, geb. Wegner, früher in Berlin-Biesdorf, Elisabethstraße 73, wohnhaft gewesen, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung.
Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 12. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Zimmer 4, auf den 24. Juni 1948, 12 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 12. R. 1080/47.
Berlin-Zehlendorf, den 26. Januar 1948.
Landgericht Berlin

Aufgebote

Frau Elfriede Bollert, geb. Felisch, aus Grevesmühlen — vertreten durch den Notar Jeß daselbst —, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Hypothekenbriefs über die im Grundstück von Charlottenburg, Blatt 10 845 in Abt. III unter Nr. 11, für die eingetragene Darlehnshypothek von einhundertvierzigtausend Reichsmark beantragt.
Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den ersten Montag drei Monate nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 44, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Az. 14. F. 87/47.
Berlin-Charlottenburg, den 12. Februar 1948.
Amtsgericht Charlottenburg

Der Straßenbahnschaffner Willy Dranke in Berlin, Kolmarer Straße 1, vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Meyer, Berlin-Charlottenburg 4, Dahlmannstraße 16, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Charlottenburg, Band 31 Blatt 1038, und Band 90, Blatt 3302 in Abt. III unter Nr. 12 bzw. 10, eingetragene Gesamthypothek von sechstausend Reichsmark beantragt.
Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den ersten Montag sechs Monate nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 44, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Az. 14. F. 86/47.
Berlin-Charlottenburg, den 19. Februar 1948.
Amtsgericht Charlottenburg

Es ist beantragt, die nachstehenden Verschollenen für tot zu erklären:
Dr. jur. Rolf Sieber, geb. 19. August 1908 zur Zwickau (Sa.), zuletzt wohnhaft Wilmersdorf, Berchtesdter Weg 10
Az. 14. II. 66/48.

Bankbeamten Alfred Schmidt, geb. 29. Mai 1905 zu Straelen (Rhld.), zuletzt wohnhaft Charlottenburg, Scharrenstraße 15.
Az. 14. II. 3/48.

Erwin Rauhut, geb. 2. November 1907 zu Langen, Kreis Sprottau, zuletzt wohnhaft Wilmersdorf, Brabanter Straße 24
Az. 14. II. 8/48.

Kurt Zimmermann, geb. 28. März 1907 zu Rohrbruch bei Landsberg (Warthe), zuletzt wohnhaft Wilmersdorf, Sigmaringer Straße 34.
Az. 14. II. 642/47.

Tischler Franz Drenkwitz, geb. 15. Juni 1915 zu Wittenberge, zuletzt wohnhaft Charlottenburg, Richard-Wagner-Straße 33.
Az. 14. II. 617/47.

Dietrich Lingenau, geb. 17. Juli 1918 in Charlottenburg, zuletzt wohnhaft Charlottenburg, Leibnizstraße 102.
Az. 14. II. 406/47.

Valentin Pinner, geb. 7. Juni 1876 zu Liegnitz, zuletzt wohnhaft Berlin W 15, Xantener Straße 6.
Az. 14. II. 63/48.

Die vorbezeichneten Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf den ersten Montag drei Monate nach Veröffentlichung dieses Aufgebots, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 44, anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
Az. 14. II Sam 9/48
Berlin-Charlottenburg, den 16. Februar 1948.
Amtsgericht Charlottenburg

Die Sozialversicherungskasse Brandenburger Knappschaft in Senftenberg N.-L., Wiesenstraße 22, hat das Aufgebot der Hypothekenbriefe über die im Grundbuch von Berlin-Wilmersdorf, Band 42, Blatt 1277 in Abt. III unter lfd. Nr. 6 und 7, für die Reichsknappschaft in Berlin eingetragenen Hypotheken von 1. 12 500 GM Darlehn, 2. 239,30 GM Darlehn beantragt. Als Gläubigerin ist in den Briefen nicht die Antragstellerin, sondern deren Rechtsvorgängerin genannt.
Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf den ersten Monat sechs Monate nach Veröffentlichung dieses Aufgebots im Verordnungsblatt, Zimmer 44, 11 Uhr, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.
Az. 14. F. 6/47
Berlin-Charlottenburg, den 7. Februar 1948.
Amtsgericht Charlottenburg

Das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Köpenick, Band 85 Blatt 2560 Abt. II, Nr. 7, eingetragene Hypothek von 16 000 RM ist beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 22. Juli 1948, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Az. 12. F. 24/47
Berlin-Köpenick 13. Februar 1948.
Amtsgericht Köpenick

Das Aufgebot des verloren gegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Rahnsdorf, Band 32, Blatt 967, in Abteilung III, unter Nr. 4, eingetragene Hypothek über 5500,— Goldmark ist beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens zu dem auf den 8. Juli 1948, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Berlin-Köpenick, Zimmer 2a, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Az. 12. F. 1/48.
Berlin-Köpenick, den 27. Februar 1948.
Amtsgericht Köpenick

Die nachstehenden Personen haben das Aufgebot der Hypothekenbriefe über die folgenden Hypotheken bzw. Grundschulden beantragt:
Der Pensionär Paul Makowitz aus Nennhausen, Kreis Westhavelland, Hypothek von 2500 GM, eingetragen im Grundbuch von Mahlsdorf, Blatt 4561 in Abt. III unter Nr. 3, für den Antragsteller.
Az. 5. F. 2/48.

Der Schlächtermeister Franz Schulz in Berlin O 17, Koppenstraße 34, Hypothek von 12 000 RM, eingetragen im Grundbuch von Mahlsdorf, Blatt 4440 in Abt. III unter Nr. 8 für den Antragsteller.
Az. 5. F. 5/48.

Die Witwe Marie Senst in Berlin-Schöneberg, Badensche Straße 6, Hypothek von 6200 GM, eingetragen im Grundbuch von Kaulsdorf, Blatt 3037 in Abt. III unter Nr. 7, für den — inzwischen verstorbenen — Bäckermeister Otto Senst.
Az. 5. F. 7/48.

Der Bäckermeister Alfred Nather in Berlin-Karlshorst, Günthersstraße 4 a, Hypothek von 1000 GM, eingetragen im Grundbuch von Berlin-Friedrichsfelde, Blatt 1020 in Abt. III unter Nr. 14 für den Antragsteller.
Az. 5. F. 8/48.

Der Ingenieur Rolf Gast in Berlin-Lichtenberg, Siegfriedstraße 202, und die anderen Miteigentümer, Grundschulden, eingetragen im Grundbuch von Lichtenberg, Blatt 1518 in Abt. III unter Nr. 7 (zwei Teilgrundschulden von je 50 000 RM) und Nr. 8 (Grundschuld von 175 000 RM) für die Deutsche Effekten- und Wechselbank Berlin.
Az. 5. F. 9/47.

Karl Hubner in Berlin-Kaulsdorf, Breslauer Straße 45, Teilhypothek von 6000 GM, zur Gesamthaft eingetragen im Grundbuch von Biesdorf, Blatt 1184 in Abt. III unter Nr. 5, und Blatt 1745 in Abt. III unter Nr. 2 für den Antragsteller.
Az. 5. F. 12/47.

Die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert, ihre Rechte spätestens in dem auf den 8. Juli 1948, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 32, anberaumten Aufgebotstermin anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.
Berlin-Lichtenberg, den 20. Februar 1948.
Amtsgericht Lichtenberg

Folgende Personen haben das Aufgebot der folgenden Hypothekenbriefe beantragt:

Der Architekt Hans Ratzlow in Berlin-Kaulsdorf; Gesamthypothek von 15 000 RM, eingetragen im Grundbuch von Kaulsdorf, Blatt 2357, 2532 und 2981 je in Abt. III unter Nr. 3 5 und 3 für den Rentner Georg Justus Ulmer.
Az. 5. F. 34/47.

Frau Marie Kühn in Berlin N 20, Jülicher Straße 24; Hypothek von 10 000 GM, eingetragen im Grundbuch von Kaulsdorf, Blatt 2035 in Abt. III unter Nr. 4 für die Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft) in Berlin.
Az. 5. F. 48/47.

Die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert, spätestens in dem auf den dritten Dienstag nach drei Monaten nach Veröffentlichung dieses Aufgebots im Verordnungsblatt von Groß Berlin vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 32 12 Uhr anberaumten Aufgebotstermine ihre Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird
Az. 5. F 34/47

Berlin-Lichtenberg, den 5. Februar 1948.
Amtsgericht Lichtenberg

Folgende Personen haben das Aufgebot der Hypothekenbriefe über nachstehende Hypotheken beantragt:

1. Frau Marta Täge in Berlin O 17, Gryphiusstraße 12: Hypothek von 8000 RM, eingetragen im Grundbuch von Lichtenberg, Blatt 2725, in Abt. III unter Nr. 12 für Frau Clara Fischer in Kassel.
Az. 5. F 9/48.

2. Der Architekt Hugo Neumann in Wismar, Schützenweg 4: Hypotheken von a) 6500 GM, eingetragen für den Stadtinspektor Walter Kneburg im Grundbuch von Mahlsdorf, Blatt 2227, in Abt. III unter Nr. 4, und Blatt 478, in Abt. III unter Nr. 5, b) 1050 GM, eingetragen für Frau Margarete Nägele im Grundbuch von Mahlsdorf, Blatt 2227, in Abt. III unter Nr. 5 und Blatt 478 in Abt. III unter Nr. 6.
Az. 5. F. 23 und 24/47.

3. Die Ehefrau des zu 2. Genannten, Frau Emma Neumann, wohnhaft wie zu 2.: Hypotheken von a) 2000 GM, eingetragen für Frau Anna Krumbhorn im Grundbuch von Mahlsdorf, Blatt 1879, in Abt. III unter Nr. 5, b) 2000 RM, eingetragen für den Rentner Paul Wunsch im Grundbuch von Mahlsdorf, Blatt 1879, in Abt. III unter Nr. 6, c) 1000 GM, eingetragen für Frau Margarete Nägele im Grundbuch von Mahlsdorf, Blatt 1879, in Abt. III unter Nr. 7.
Az. 5. F. 25/47.

4. Frau Erna Siedschlag in Berlin-Schöneberg, Gustav-Müller-Straße 42: Hypothek von 2000 RM, eingetragen für sie im Grundbuch von Friedrichsfelde, Blatt 2531, in Abt. III unter Nr. 2.
Az. 5. F. 29/47.

5. Die Eheleute Heizer Willi und Herta Gerirke in Berlin-Marzahn, Oppermannstraße 18: Hypothek von 2300 GM, eingetragen im Grundbuch von Marzahn, Blatt 1080, in Abt. III unter Nr. 1 für die Copenicker Bank e.G.m.b.H.
Az. 5. F 4/48.

6. Frau Anna Engelbrecht in Staaken, Immergrünsteig 32, und Frau Eva Becker in Berlin S 59, Kottbusser Damm 9, Hypotheken 7000 RM, eingetragen im Grundbuch von Mahlsdorf Blatt 3360, in Abt. III unter Nr. 6 für den Bürovorsteher Franz Krieger.
Az. 5. F. 36/47.

Die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 8. Juli 1948, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 32, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls diese für kraftlos erklärt werden.

Berlin-Lichtenberg, 29. Februar 6. März 1948.
Amtsgericht Lichtenberg

Die Ehefrau Anneliese Kiesewetter, geb. Klau, Berlin-Lichterfelde-West, Carstennstraße 24, hat beantragt, den verschollenen Kaufmann Fritz Kiesewetter, geb. 29. Jul. 1905 in Berlin-Charlottenburg, zuletzt wohnhaft in Berlin-Lichterfelde-West, Kramme Straße 5, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Donnerstag, den 3. Jun. 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 5, anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
Az. 3. II. 285/47.

Berlin, den 21. Februar 1948
Amtsgericht Lichterfelde

Die Ehefrau Henriette Redlin, geb. Fitzke, in Berlin-Steglitz, Südendstraße 51, hat beantragt, den verschollenen Walter Redlin, geb. am 16. Dezember 1913 in Stettin, zuletzt wohnhaft in Berlin-Steglitz, Südendstraße 51, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Donnerstag den 10. Jun. 1948 11 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 5, anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
Az. 3. II. 270/47

Berlin-Lichterfelde, den 21. Februar 1948
Amtsgericht Lichterfelde

Es ist das Aufgebot des von der Firma Faber & Faber G. m. b. H., am 24. Juli 1944 ausgestellten auf Max Schanze, Neubrandenburg, Neustrelitzer Straße 55 a, bezogenen und von demselben akzeptierten über RM 10 000,— lautenden Wechsels, zahlbar in Berlin C 2, Werderscher Markt 4, bei der Karl Papenberg-Bank, beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens am ersten Werktag nach sechs Monaten nach dem Erscheinen des Verordnungsblattes beim Magistrat der Stadt Berlin, Berlin C 2, Parochialstraße 2/3, vor dem unterzeichneten Gericht, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 12—15, I. Stock, Zimmer Nr. 151, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Az. 58. P. 49/47.

Berlin, den 25. Februar 1948.
Amtsgericht Berlin-Mitte

Der Kaufmann Willi Tabbert in Berlin-Neukölln, Weserstraße 178 — vertreten durch Rechtsanwalt Wilhelm Müller in Berlin-Neukölln, Karl-Marx-Straße 221 —, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Eigentümergrundschuldbriefes über die auf dem Grundbuchblatte des Grundstücks Neukölln, Band 93, Blatt 2690, in Abt. III, Nr. 12, eingetragenen Eigentümergrundschuld von 24 500,— Goldmark, mindestens Reichsmark, beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 8. August 1948, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 22, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Az. 19/8. F. 216/47.

Berlin-Neukölln, den 18. Februar 1948.
Amtsgericht Neukölln

Die Firma Franck und Kathreiner Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin-Wilmersdorf, Wexstraße 33, als Rechtsnachfolgerin der Firma Heinrich Franck Söhne Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin hat das Aufgebot des angeblich im Kassenschrank der Firma in deren Bürohaus, Berlin, Potsdamer Straße 184—186, aufbewahrten, infolge der Kriegseinwirkungen dortselbst im Jahre 1945 vernichteten Grundschuldbriefes über die im Grundbuch des Amtsgerichts Schöneberg von Berlin-West, Band 50, Blatt 1769, in Abteilung III, unter Nr. 9 eingetragene Eigentümergrundschuld von 364 387,57 GM RM — in Worten dreihundertvierundsechzigtausenddreihundertsiebenundachtzig 57/100 Goldmark mindestens Reichsmark — beantragt.

Der Inhaber der oben genannten Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 25. Mai 1948, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht in Zimmer 10 anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und den Grundschuldbrief vorzulegen, widrigenfalls die Urkunde für kraftlos erklärt wird.
Az. 13. F. 5/48.

Berlin-Schöneberg, den 23. Februar 1948.
Amtsgericht Schöneberg

Der Bäckermeister i. R. Karl Wahl, Berlin-Lichtenrade, Berliner Straße 41, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Koepke, Berlin-Lichtenrade, Bahnhofstraße 18, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch des Amtsgerichts Spandau von Staaken, Band 37, Blatt 1059, in Abteilung III, Nr. 2 für die verehelichte Eisenbahnschaffner Anna Heinze eingetragene Darlehn-Hypothek von 3000 GM mit 10 Prozent verzinslich beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 20. Juli 1948, 12.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht in Berlin-Spandau, Carl-Schurz-Straße 46, Zimmer 13, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Az. 5. F. 11/46.

Spandau, den 6. März 1948.
Amtsgericht Spandau

Der Arbeiter Ernst Vortanz, Berlin-Spandau, Amorbacher Weg 4, hat beantragt, seine Ehefrau Ida Anna Vortanz, geb. Reichelt, geboren am 12. April 1898 in Cantersdorf, Kreis Brieg, zuletzt wohnhaft in Berlin-Spandau, Streitstraße 52 für tot zu erklären. Die Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens bis zum 31. Mai 1948 einschließlich vor dem unterzeichneten Gericht zu melden widrigenfalls sie für tot erklärt werden kann. Alle, die Auskunft über die Verschollene zu erteilen vermögen, werden aufgefordert, dem Gericht bis zu dem obengenannten Zeitpunkt Anzeige zu machen.
Az. 6. II. 4/48

Berlin-Spandau, den 14. Februar 1948.
Amtsgericht Spandau

Der Angestellte Paul Krüger in Berlin SW 61, Kreuzbergstraße 14, hat beantragt, seine Tochter, die unverehelichte Johanna Kruger, geboren am 2. August 1907 in Berlin, zuletzt wohnhaft in Berlin SW 61, Kreuzbergstraße 14, für tot zu erklären.

Die bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf den 22. Mai 1948, 11 Uhr, vor dem bezeichneten Gericht, Zimmer 50, anberaumten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls ihre Todeserklärung erfolgen wird.
Az. 15. II. 140/46

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens in dem Aufgebotstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Berlin SW 11, den 18. Februar 6. März 1948
Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Für den Kaufmann Max Siechen, Berlin W 30, Eisenacher Straße 111, steht auf dem Grundstück Potsdamerterbezirk, Band 17, Blatt 473, in Abteilung III eine Hypothek von 25 000,— Feingoldmark nebst Zinsen eingetragen. Eigentümer des Grundstücks ist der Hütteningenieur Wilhelm Carsalli in Berlin Siedlung Britz, Am Buschkrug, Mittingstraße 90. Der Brief ist durch Kriegsereignisse in Verlust geraten.

Der Kaufmann Siechen hat das Aufgebotsverfahren beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 30. Juni 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 50, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Az. 15. II. 98/48.

Berlin SW 11, den 6. März 1948.
Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Für die Evangelische Jerusalem- und Neue Kirchengemeinde in Berlin SW 68, Friedrichstraße 51, steht auf dem Grundstück Tempelhofer Vorstadt, Band 110, Blatt 3439, in Abteilung III, Nr. 9, eine Hypothek von 12 000,— RM nebst Zinsen eingetragen. Eigentümer des Grundstücks ist der Landschaftsmaler Hans Tubbecke in Berlin-Birkenwerder, Gartenallee 10. Der Brief ist durch die Kriegsereignisse in Verlust geraten.

Die Evangelische Jerusalem- und Neue Kirchengemeinde hat das Aufgebotsverfahren beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 5. Juli 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 50, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Az. 15. II. 68/48.

Berlin SW 11, den 5. März 1948.
Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Der Nathan Sittenfeld in Camp Deggendorf, Alte Kaserne — vertreten durch Rechtsanwalt und Notar Dr. Kurt Landsberger, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstraße 53 —, hat beantragt, 1. Bruno Baruch Sittenfeld, geboren am 20. Januar 1877, 2. Johanna Sittenfeld, geborene Seelig, geboren am 6. Februar 1876, 3. Julius Sittenfeld, geboren am 21. Mai 1905 in Kattowitz, OS., sämtlich zuletzt wohnhaft in Berlin-Lichtenrade, Leopoldstraße 12, für tot zu erklären.

Die bezeichneten Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf den 22. Mai 1948, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 60, anberaumten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls ihre Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens in dem Aufgebotstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Az. 15. II. 25/48.

Berlin SW 11, den 21. Februar 1948.

Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Für die Witwe Frau Margarete Colberg, geb. Freystedt, in Berlin-Lichtenrade, Hulker Zeile 131 — vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Koepke, Berlin-Lichtenrade, Bahnhofstraße 18 —, steht auf dem Grundstück des Grundbuchs von Berlin-Lichtenrade, Band 104, Blatt 3146, in Abteilung III, unter Nr. 5, eine Darlehnshypothek von 3000,— RM eingetragen. Der Hypothekenbrief ist in Verlust geraten. Frau Colberg hat das Aufgebotsverfahren beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 15. Juni 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Az. 15. II. 47/48.

Berlin SW 11, den 26. Februar 1948.

Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Frau Eleonore Fehrmann hat das Aufgebot des vernichteten Hypothekenbriefes über die für sie im Grundbuch von Tiergarten, Bd. 96, Bl. 2936, Abt. III, unter Nr. 20 eingetragene Hypothek von 10 000 Goldmark zu 7½% verzinslich beantragt.

Sollte jemand die Urkunde in Händen haben, so wird er aufgefordert, spätestens am 15. Juli 1948, 12 Uhr, Zimmer 253, des Amtsgerichts Tiergarten, Berlin NW, Turmstraße 91, seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls sie für kraftlos erklärt wird.

Az. 1. F. 4/48.

Berlin, den 23. Februar 1948.

Amtsgericht Tiergarten

Die Ehefrau Klara Frenkel, geb. Seidel, wohnhaft in Berlin N 20, Stettiner Straße 58, Quergebäude 1, hat beantragt, den Färbereiarbeiter und BVG-Schaffner Kurt Frenkel, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin N 20, Stettiner Straße 58, für tot zu erklären.

Der Verschollene wird aufgefordert, bis spätestens in dem auf den ersten Werktag 6 Wochen nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt Berlin um 10 Uhr, Zimmer 49, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin über seinen Verbleib Nachricht zu geben.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Az. 2. II. 25/48.

Berlin N 20, den 20. Februar 1948.

Amtsgericht Wedding

Die Ehefrau Charlotte Szämmeitat, geb. Weisbeck, wohnhaft Berlin N 65, Amsterdamer Straße 7, hat beantragt, ihren Ehemann, den Elektromonteur Kurt Szammeitat, geboren am 8. September 1909 in Duisburg, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin N 65, Amsterdamer Straße 7, für tot zu erklären.

Der Verschollene wird aufgefordert, bis spätestens in dem auf den ersten Werktag 6 Wochen nach Erscheinen dieses Aufgebotes im Verordnungsblatt Berlin um 10 Uhr, Zimmer 49, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin über seinen Verbleib Nachricht zu geben.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Az. 2. II. 11/48.

Berlin N 20, den 17. Februar 1948.

Amtsgericht Wedding

Auf Antrag der Witwe Käthe Frommholz, wohnhaft Berlin-Heiligensee, Spießbergsee 8, wird der verschollene Buchhalter Reinhold Alfred Waldemar Wenske, geboren 1. März 1873 zu Berlin, zuletzt wohnhaft Berlin-Heiligensee, Spießbergsee 8, aufgefordert sich spätestens bis zum 20. Mai 1948 zu melden, widrigenfalls er für tot erklärt werden kann.

An alle, die Auskunft über den Verschollenen geben können, ergeht die Aufforderung, dem Gericht bis zum 20. Mai 1948 hiervon Anzeige zu machen.

Az. 4. II. 219/47.

Berlin-Reinickendorf, den 6. März 1948

Amtsgericht Wedding, Dienststelle Reinickendorf

Die Ehefrau Pauline Graß, geb. Großmann, in Berlin-Weißensee, Franz-Josef-Straße 30, hat beantragt, ihren seit dem 18. März 1944 nach einem Bombenabwurf auf einen Eisenbahnzug verschollenen Ehemann, den Dreher Karl Graß, zuletzt wohnhaft in Berlin-Weißensee, Franz-Josef-Straße 30, für tot zu erklären.

Der Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens im Aufgebotstermin am 1. Juli 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, die Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Az. 3. II. 3/48.

Berlin-Weißensee, den 2. Februar 1948.

Amtsgericht Weißensee

Die Ehefrau Erna Schulz, geb. Völschow, in Berlin-Weißensee, Friedrichstraße 4, hat beantragt, ihren Ehemann, den seit dem 29. Dezember 1943 bei Verteidigung einer Höhe südlich Belmonte durch Handgranatenwurf schwer verwundeten und seitdem verschollenen Stabsgefreiten Walter Schulz, zuletzt wohnhaft in Berlin-Weißensee, Friedrichstraße 4, für tot zu erklären.

Der Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens im Aufgebotstermin am 1. Juli 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Az. 3. II. 14/47.

Berlin-Weißensee, den 3. Februar 1948.

Amtsgericht Weißensee

Die Ehefrau Thea Weiß, geb. Pastorino, in Berlin-Weißensee, Berliner Allee 191, hat beantragt, ihren Ehemann, den seit dem Geschütz-, Granat- und Gewehrfeuer vom 22. April 1945 zu Berlin-Weißensee, Berliner Allee, verschollenen Diplomlandwirt August Weiß, zuletzt wohnhaft ebenda, für tot zu erklären.

Der Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens im Aufgebotstermin am 1. Juli 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, die Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Az. 3. II. 79/47.

Berlin-Weißensee, den 3. Februar 1948.

Amtsgericht Weißensee

Die Witwe Anna Untersänger, geb. Müller, in Oranienburg, Gartenstraße 8 — vertreten durch Rechtsanwalt Wilhelm Hahr in Oranienburg, Bernauer Straße 45 —, hat das Aufgebot des in Verlust geratenen Hypothekenbriefes über die für den Kaufmann Franz Untersänger in Oranienburg im Grundbuch in Berlin-Zehlendorf, Band 360, Blatt 9664, in Abteilung III Nr. 8 eingetragen zu 4½% verzinsliche Hypothek von 12 000 RM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 1. Werktag 3 Monate nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls sie für kraftlos erklärt wird.

Az. 8. F. 5/47.

Berlin-Zehlendorf, den 21. Januar 1948.

Amtsgericht Zehlendorf

Der Direktor Wilhelm Hidding aus Berlin-Dahlem, Miquelstraße 75 — vertreten durch die Rechtsanwälte v. Fragstein und Niemsdorff, Berlin W 30, Augsburger Straße 35 — hat das Aufgebot des in Verlust geratenen Grundschuldbriefes über die für die Dresdener Bank zu Berlin im Grundbuch von Berlin-Dahlem, Band 21, Bl. 577, in Abt. III Nr. 9, eingetragen zu 6% jährlich verzinsliche Grundschuld von 30 000 RM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in der auf den ersten Werktag 3 Monate nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls sie für kraftlos erklärt wird.

Az. 8. F. 2/48.

Berlin-Zehlendorf, den 9. Januar 1948.

Amtsgericht Zehlendorf

Todeserklärungen

Der Tod von Dr. Eugen Moritz, geboren am 12. September 1875 in Berlin-Charlottenburg, Gutenbergplatz 40, wird festgestellt und als Zeitpunkt des Todes der 31. Dezember 1944 festgestellt.

Az. 14. II. 621/47.

Berlin-Charlottenburg, den 2. Februar 1948.

Amtsgericht Charlottenburg

Der Tod der nachstehenden Verschollenen ist festgestellt:

Bibliotheksrat Dr. Max Arnim, zuletzt wohnhaft Berlin-Schmargendorf, Sylter Straße 4, mit dem 9. Dezember 1945.

Az. 14. II. 69/47.

Kurt Berg, geboren 31. Juli 1899 in Samotschin, zuletzt wohnhaft Berlin W 15, Düsseldorfer Straße 48, mit dem 31. Dezember 1944.

Az. 14. II. 654/47.

Ludwig Berschall, geboren 12. Mai 1883 zu Königsberg, zuletzt wohnhaft Berlin W 15, Xantener Straße 14, mit dem 31. Dezember 1944.

Az. 14. II. 651/47.

Erich Benary, geboren 5. Dezember 1881 zu Berlin, zuletzt wohnhaft Berlin W 35, Derfflingerstraße 11, mit dem 31. Dezember 1944.

Az. 14. II. 48/48.

Kaufmann Ludwig Hirsch, geboren 29. Oktober 1901 zu Schweinfurt, zuletzt wohnhaft Charlottenburg, Niebuhrstraße 77, mit dem 16. Februar 1945.

Az. 14. II. 47/48.

Michael Licht, geboren 24. April 1861 zu Dombrowa, zuletzt wohnhaft Berlin, Konstanzer Straße 61, mit dem 31. Dezember 1944.

Az. 14. II. 414/47.

Sophie Heppner, geb. Bergmann, geboren 4. Juni 1875 zu Lissa/Posen, zuletzt wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Holsteinische Straße 21, mit dem 31. Dezember 1944.

Az. 14. II. 653/47.

Dr. med. Siegfried Simon Jacoby, geboren 23. August 1864 zu Lyck, zuletzt wohnhaft Charlottenburg, Wielandstraße 29, mit dem 31. Dezember 1944.

Az. 14. II. 5/48.

Johanna Elkan, geb. Schönfeld, geboren 18. Juni 1866 zu Hamburg, zuletzt wohnhaft Berlin W 15, Rankestraße 5, mit dem 31. Dezember 1944.

Az. 14. II. 49/48.

Eheleute Werner Heß, geboren 24. April 1904 zu Parchim/Mecklenburg, und Margot Heß, geb. Steinberg, geboren 23. Juli 1906 zu Berlin, zuletzt wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Nassauische Straße 20, mit dem 31. Dezember 1944.

Az. 14. II. 595/47

Az. 14. II. Sam. 7/48.

Berlin-Charlottenburg, den 10. Februar 1948.

Amtsgericht Charlottenburg

Der Tod der nachstehenden Verschollenen ist festgestellt:

Agnes Meiers, geb. Nelke, geboren 21. Juni 1866 in Berlin, zuletzt wohnhaft Charlottenburg, Giesebrechtstraße 16, mit dem 13. Dezember 1943.

Az. 14. II. 77/48.

Hedwig Proskauer, geb. Proskauer, geboren 24. Juni 1869 zu Breslau, zuletzt wohnhaft Halensee, Joachim-Friedrich-Straße 57, mit dem 31. Dezember 1943.

Az. 14. II. 70/48.

Heinz Thamke, geboren 29. April 1916 zu Berlin, zuletzt wohnhaft Wilmersdorf, Uhlandstraße 29, mit dem 1. November 1942.

Az. 14. II. 80/48.

Oskar Goldstein, geboren 7. Juli 1876 zu Kriwen/Posen, zuletzt wohnhaft Charlottenburg, Dreysenstraße 18, mit dem 31. Dezember 1944.

Az. 14. II. 645/47.

Hulda Kubies, geb. Selbiger, geboren 10. März 1882 zu Harzin, zuletzt wohnhaft Charlottenburg, Mommsenstraße 20, mit dem 31. Dezember 1944.

Az. 14. II. 67/48.

Ernst von Windheim, geboren 6. Juni 1891 zu Ragnit/Ostpreußen, zuletzt wohnhaft Grunewald, Douglasstraße 20, mit dem 31. Januar 1946.
Az. 14. II. 69/48

Bruno Bergmann, geboren 4. Oktober 1892 zu Berlin, zuletzt wohnhaft Grunewald, Salzbrunner Straße 42, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14 II. 84/48.

Eheleute Georg Jacobi, geboren 9. November 1865 zu Berlin, und Paula Jacobi, geb. Cohn, geboren 27. November 1879 zu Glogau/Schlesien, zuletzt wohnhaft Wilmersdorf, Lietzenburger Straße 14, mit dem 31. März 1943 bzw. 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 85/48.

Richard Hirsch, geboren 9. Juni 1912 zu Berlin, zuletzt wohnhaft Wilmersdorf, Uhlandstraße 45, mit dem 15. März 1945.
Az. 14. II. 608/47.

Leopold Hirschberg, geboren 5. Januar 1872, zuletzt wohnhaft Charlottenburg, Kaiserdamm 111, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14 II. 32/48.

Georg Berne, geboren 22. August 1880 zu Wittkowa, und Selma Berne, geb. Gembitz, geboren 10. September 1882 zu Strelnow, zuletzt wohnhaft Charlottenburg, Lietzenburger Straße 8, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14 II. 649/47.

Eheleute Max Lemke, geboren 25. August 1882 zu Berlin, und Seraphine Lemke geb. Gottschalk, geboren 16. Januar 1882 zu Berlin, zuletzt wohnhaft Charlottenburg, Sybelstraße 15, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14 II. 126/47.
Az. 14 Sam. 11/48.

Berlin-Charlottenburg, den 21. Februar 1948.
Amtsgericht Charlottenburg

Auf Antrag der Ehefrau Viktoria Kurtze, geb. Haacke, in Berlin-Lichterfelde, Augustastraße 38, wird der am 2. Mai 1945 erfolgte Tod des Steuerinspektors Hans Kurtze, geboren am 24. Januar 1900 in Potsdam und zuletzt in Berlin-Lichterfelde, Augustastraße 38, wohnhaft, festgestellt. Die Kosten des Verfahrens, einschließlich der notwendigen außergerichtlichen Kosten der Antragstellerin, fallen dem Nachlaß zur Last.
Az. 3 II. 316/47.

Berlin-Lichterfelde, den 18. Februar 1948.
Amtsgericht Lichterfelde

Auf Antrag der Ehefrau Hulda Possen geb. Wendel, in Emstal (Mark), wird der Arbeiter August Wendel, geboren am 19. Februar 1881 in Schwina (jetzt Emstal [Mark], Kreis Zauch-Belzig) und zuletzt Berlin-Steglitz, Kniephofstraße 7 wohnhaft, für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes wird der 31. Dezember 1917 festgestellt.
Az. 3 II. 228/47.

Berlin-Lichterfelde, den 17. Februar 1948.
Amtsgericht Lichterfelde

Auf Antrag der Ehefrau Margarete Dieterich, geb. Dalchow, in Berlin-Lichterfelde, Hindenburgdamm 33, wird der am 25. März 1945 erfolgte Tod des technischen Angestellten Fritz Dieterich, geboren am 4. April 1912 in Berlin-Lichterfelde, und zuletzt Berlin-Lichterfelde, Hindenburgdamm 33 wohnhaft, festgestellt.
Az. 3. II. 313/47.

Berlin-Lichterfelde, den 18. Februar 1948.
Amtsgericht Lichterfelde

Auf Antrag der Ehefrau Lisa Knötzel, geb. Willers, Berlin-Halensee, Halberstädter Straße 8, wird der am 12. März 1945 erfolgte Tod der Frau Anna Knötzel, geb. Volkmann, geboren am 5. April 1878 in Treptow a. d. Rega, und zuletzt in Berlin-Steglitz, Holsteinische Straße 52 wohnhaft gewesen, festgestellt.
Az. 3. II. 1/48.

Berlin-Lichterfelde, den 11. Februar 1948.
Amtsgericht Lichterfelde

Auf Antrag des Dr. jur. Hans Kirchstein, Chicago, Jll. USA., 845 W Belle Platne Ave. wird der am 15. Dezember 1939 erfolgte Tod der Witwe Alice Kirchstein, geb. Scheidt geboren am 12. Juli 1878 in Würzburg, und zuletzt in Berlin-Steglitz, Wrangelstraße 6 wohnhaft, festgestellt
Az. 3. II. 310/47.

Berlin-Lichterfelde, den 11. Februar 1948.
Amtsgericht Lichterfelde

Auf Antrag der Ehefrau Mathilde Cipra, geb. Ebner, Berlin-Lichterfelde, Ringstraße 39 wird der am 15. Juli 1945 erfolgte Tod des Ingenieurs Gerhard Cipra, geboren am 18. April 1909 in Berlin und zuletzt in Berlin-Lichterfelde-Ost Bismarckstraße 29, wohnhaft festgestellt.
Az. 3. II. 10/48.

Berlin-Lichterfelde den 3. März 1948.
Amtsgericht Lichterfelde

Auf Antrag der Ehefrau Ursula Kunze, geb. Melzer, Berlin C 2, Landwehrstraße 14, wird der am 30. April 1945 erfolgte Tod des Verkäufers Helmut Kunze, geboren am 2. August 1918 in Riesa und zuletzt Berlin-Lichterfelde-West Baseler Straße 13, wohnhaft, festgestellt.
Az. 3. II. 266/47.

Berlin, den 19. März 1948.
Amtsgericht Lichterfelde

Auf Antrag des kaufm. Angestellten Arthur Riehn, Berlin-Lichterfelde, Kadettenweg 10, wird die Ehefrau Betty Riehn, geb. Falkson, geboren am 6. Dezember 1882 in Zachau (Kreis Saatzig) und zuletzt in Berlin-Lichterfelde, Kadettenweg 10, wohnhaft, für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes wird der 5. Januar 1943 festgestellt. Die Kosten des Verfahrens, einschließlich der notwendigen außergerichtlichen Kosten des Antragstellers, fallen dem Nachlaß zur Last.
Az. 3. II. 121/47.

Berlin, den 13. Januar 1948.
Amtsgericht Lichterfelde

Durch Beschluß vom 13. Februar 1948 ist die unverehelichte Charlotte Nachmann, geboren am 14. Mai 1902 in Berlin, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Neukölln, Pflügerstraße 26, für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes ist der 1. April 1942 festgestellt
Az. 19. 8. F. 152/47.

Amtsgericht Neukölln

Durch Beschluß vom 17. Februar 1948 ist der Schlosser Emil Knopf, geboren am 27. Juni 1886 in Suhl, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Neukölln, Stuttgarter Straße 47, für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes ist der 17. Juni 1946 festgestellt.
Az. 19 8. F. 134/47.

Berlin-Neukölln, den 17. Februar 1948.
Amtsgericht Neukölln

Auf Antrag der Frau Elsa Richter Berlin-Buchholz, Eddastraße 31, wird ihr Ehemann der am 10. November 1899 geborene, zuletzt in Berlin-Buchholz, Chamissostraße 28, wohnhafte Konditormeister Kurt Richter, für tot erklärt und als Zeitpunkt seines Todes der 5. Dezember 1945 festgestellt.
Az. 4. II. 72/47.

Berlin-Pankow, den 6. Februar 1948.
Amtsgericht Pankow

Auf Antrag der Frau Minna Riedel in Handorf (Westfalen) wird deren Ehemann, der am 12. Februar 1887 in Schwarzenberg geborene, zuletzt in Berlin-Pankow, Binzstraße 59, wohnhafte Hugo Riedel für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes wird der 5. September 1945 festgestellt.
Az. 4. II. 35/46

Berlin-Pankow, den 14. September 1947.
Amtsgericht Pankow

Auf Antrag des Theodor Küchler, Cochabamba (Bolivien), vertreten durch Frau Felice Jacob Berlin-Charlottenburg, Schlüterstraße 52, wird seine am 26. Februar 1891 geborene, zuletzt in Berlin-Pankow, Schönholzer Straße 6 a, wohnhafte Ehefrau Wally Küchler geb. Oschinsky für tot erklärt und als Zeitpunkt des Todes der 21. Februar 1941 festgestellt.
Az. 4. II. 68/47.

Berlin-Pankow, den 17. Februar 1948.
Amtsgericht Pankow

Auf Antrag der Frau Gertrud Nitsche, Berlin-Heinersdorf, Hödurstraße 28, wird ihr daselbst zuletzt wohnhafter Ehemann, der am 9. April 1910 geborene Fritz Nitsche, für tot erklärt und als Zeitpunkt des Todes der 20. Februar 1945 festgestellt.
Az. 4. II. 76/47

Berlin-Pankow, den 17. Februar 1948.
Amtsgericht Pankow

Der Beschluß des unterzeichneten Gerichts vom 19. Januar 1948 (4. II. 141/47) wird wegen offenbarer Unrichtigkeit dahin berichtigt, daß als Zeitpunkt des Todes des Druckereibesitzers Wilhelm Feierabend nicht der 2. Februar 1946, sondern der 5. Februar 1946 festgestellt wird.
Az. 4. II. 141/47.

Berlin-Pankow, den 21. Februar 1948.
Amtsgericht Pankow

Der Arbeiter (Gefreite) Paul Müller, geboren den 20. Mai 1909 in Berlin, zuletzt wohnhaft in Berlin SW 61, Kreuzbergstraße 72, wird auf Antrag seiner Ehefrau Margarete Müller, geb. Egeler, in Berlin SW 61, Kreuzbergstraße 72, für tot erklärt. Als Todeszeitpunkt wird der 15. Dezember 1942 festgestellt. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Nachlaß zur Last.
Az. 3. II. 115/47.

Berlin, den 10. Februar 1948.
Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Der Versicherungsbeamte Helmuth Hesse, geboren den 30. Mai 1905 in Berlin-Lichtenberg, zuletzt wohnhaft in Berlin SW 68, Alexandrinenstraße 117 a, wird auf Antrag der Frau Margarete Hesse, geb. Briese in Schleusingen (Thüringen) Bahnhofstraße 16, für tot erklärt. Als Todeszeitpunkt wird der 30. September 1944, 24 Uhr, festgestellt. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Nachlaß zur Last.
Az. 15. II. 249/47.

Berlin, den 10. Februar 1948.
Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Der Monteur Kurt Majer, geboren den 31. August 1910 in Berlin, zuletzt wohnhaft in Berlin SW 68, Hollmannstraße 2, wird auf Antrag der Frau Hertta Majer geb. Schulz, in Berlin SW 29, Heimstraße 2, für tot erklärt. Als Todeszeitpunkt wird der 28. Januar 1945, 24 Uhr, festgestellt. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Nachlaß zur Last.
Az. 15. II. 292/47.

Berlin, den 10. Februar 1948.
Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Der Betriebstechniker Erich Leben, geboren den 28. März 1898, zuletzt wohnhaft in Berlin SW 29, Blücherstraße 37 a, wird auf Antrag der Frau Hertha Leben, geb. Mörke in Berlin SW 29 Blücherstraße 37a, für tot erklärt. Als Todeszeitpunkt wird der 12./13. Februar 1945 festgestellt. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Nachlaß zur Last.
Az. 15. II. 129/46.

Berlin, den 17. Februar 1948.
Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Durch Beschluß vom 19. März 1948 in der Aufgebotssache des Franz Paul Hinze ist festgestellt worden, daß der Werkzeugmacher Franz Paul Hinze, geboren am 30. Mai 1906 zu Berlin-Spandau, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Spandau, Hohenzollernkanal, Straße V Nr. 4, bei einem kriegerischen Einsatz ums Leben gekommen ist. Als Todestag wird der 4. Februar 1945 festgestellt.
Az. 2. F. 50/46.

Berlin-Reinickendorf, den 19. März 1948.
Amtsgericht Wedding Dienststelle Reinickendorf

Auf Antrag der Ehefrau Herta Porsiel, geb. Krause, in König im Odenwald wird ihr seit dem 14. Juli 1944 in Rußland vermißter Ehemann, der Techniker Friedrich Porsiel aus Berlin-Weißensee, Gäblerstraße 69, für tot erklärt. Als Todestag wird der 1. August 1944 festgestellt.
Az. 3. II. 25/46.

Berlin-Weißensee, den 6. Februar 1948.
Amtsgericht Weißensee

Auf Antrag der Ehefrau Anna Warschkow, geb. Hermann, in Berlin-Hohenschönhausen, Malchower Weg 31, wird ihr am 16. März 1898 in Augustfelde, Kreis Rummelsburg, geborener und seit dem 20. April 1945 in Hohenschönhausen vermißter Ehemann, Waffenmeister bei einem Volkssturmbataillon, Franz Warschkow, ebenda, für tot erklärt. Als Todestag wird der 22. April 1945 festgestellt.
Az. 3. II. 21/47

Berlin-Weißensee, den 10. Februar 1948.
Amtsgericht Weißensee

Auf Antrag der Frau Elli Scholz, geb. Schumann, in Berlin-Weißensee, Buschallee 20, wird ihr am 10. Dezember 1907 in Berlin geborener, Ende August 1944 in Rußland schwer verwundeter und seitdem vermißter Ehemann, der Bankkaufmann Ernst Scholz aus Berlin-Weißensee, Buschallee 104, für tot erklärt. Als Todestag wird der 1. September 1944 festgestellt.
Az. 3. II. 16/46.
Berlin-Weißensee, den 14. Februar 1948.
Amtsgericht Weißensee

Ausschlußurteile

Durch Urteile sind die Hypothekenbriefe über folgende Hypotheken für kraftlos erklärt worden:
Hypothek von 8250 RM, eingetragen im Grundbuch von Lichtenberg, Blatt 3782, in Abt. III unter Nr. 3 und
Hypothek von 1000 RM, eingetragen ebenda unter Nr. 4;
Az. 5. F. 18/47.
Hypothek von 7499,20 GM, eingetragen im Grundbuch von Lichtenberg, Blatt 3912, in Abt. III unter Nr. 3;
Az. 5. F. 30/47.
Hypothek von 1875 GM, eingetragen im Grundbuch von Lichtenberg, Blatt 3813, in Abt. III unter Nr. 3.
Az. 5. F. 31/47.
Berlin-Lichtenberg, den 5. Februar 1948.
Amtsgericht Lichtenberg

In der Aufgebotssache der Hypothekenbank in Hamburg, vertreten durch ihr Berliner Büro in Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstraße 70/71, sind die Hypothekenbriefe über folgende Hypotheken:

1. 12 000 GM, eingetragen in Abt. III unter Nr. 5 des Grundbuchs Berlin-Lichterfelde, Band 24, Blatt 730, jetzt Band 236, Blatt 7070, Eigentümer Dr. Franz Röhm, Grundstück Berlin-Lichterfelde, Kyllmannstraße 16/17;
2. 10 000 GM, eingetragen in Abt. III unter Nr. 3 des Grundbuchs Berlin-Lichterfelde, Band 28, Blatt 842, jetzt Band 239, Blatt 7139, Eigentümer Franz Firsching, Grundstück Berlin-Lichterfelde, Verlängerte Wilhelmstraße 20/20a, und Helmkehlenstraße;
3. 1500 GM Abt. III, Nr. 3,
2250 GM, Abt. III, Nr. 2,
2000 GM, Abt. III, Nr. 3,
des Grundbuchs Berlin-Lichterfelde, Band 22, Blatt 655, jetzt Band 240, Blatt 7165, Eigentümer Vincent Bittmann und Frau, Grundstück Berlin-Lichterfelde, Backestraße 23,

für kraftlos erklärt worden.
Az. 3. F. 3/47.
Berlin-Lichterfelde, den 6. Januar 1948.
Amtsgericht Lichterfelde

Durch Ausschlußurteil des Amtsgerichts Spandau vom 18. Februar 1948 ist der Hypothekenbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Berlin-Spandau von Tiefwerder, Band 1, Blatt 28, in Abt. III, Nr. 17, für Frau Elise Kampe, geb. Daencke, in Berlin-Spandau eingetragene Teilhypothek von 6000 RM — sechstausend Reichsmark — mit 6% Zinsen für kraftlos erklärt worden.
Az. 6. F. 6/47.
Berlin-Spandau, den 18. Februar 1948.
Amtsgericht Spandau

Durch Ausschlußurteil des Amtsgerichts Spandau vom 18. Februar 1948, ist der Hypothekenbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Berlin-Spandau von Kladow, Band 10, Blatt 279 in Abt. III, Nr. 4, für den Kaufmann Carl Meenzen eingetragene Teilhypothek von 30 000,— RM — dreißigtausend Reichsmark — Darlehn mit 4½% Zinsen für kraftlos erklärt worden.
Az. 5. F. 16/46.
Berlin-Spandau, den 18. Februar 1948.
Amtsgericht Spandau

In der Aufgebotssache der Frau Martha Schmeißer, geb. Bleissner, in Berlin N 58, Eberswalder Straße 17 — vertreten durch den Rechtsanwalt Hans Jacke in Berlin N 58, Schönhauser Allee 144 —, Antragstellerin, hat das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg in Berlin auf die mündliche Verhandlung vom 15. März 1947 durch den Rechtsanwalt Mühlmann als Richter für Recht erkannt: Der Hypothekenbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Kreuzberg von Kottbusser Torbezirk, Band 21 Blatt 623, in Abteilung III unter Nr. 14, eingetragene Hypothek von 3500 GM wird für kraftlos erklärt.
Az. 2b. F. 17/46.
Berlin SW 11, den 12. Februar 1948.
Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Konkurse

Über den Nachlaß der am 29. März 1947 verstorbenen, zuletzt in Berlin-Wilmersdorf, Sigmaringer Straße 24 wohnhaft gewesenen Frau Iraida Tschekunoff, geb. Anti, ist am 16. Februar 1948, 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Verwalter: Ernst Neitzel, Berlin-Steglitz, Forststraße 10. Frist zur Anmeldung der Konkursforderungen bis 15. April 1948. Erste Gläubigerversammlung 22. März 1948, 11 Uhr. Prüfungstermin am 10. Mai 1948, 11.15 Uhr, im Gerichtsgebäude Berlin-Charlottenburg, Tegeler Weg 17-20, I. Stock, Zimmer 160. Offener Arrest mit Anzeigefrist bis 15. April 1948.
Az. 30. N. 12/48.
Berlin-Charlottenburg, den 16. Februar 1948.
Amtsgericht Berlin-Mitte

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Werner Komoll in Berlin NW 87, Lessingstraße 33, bei Schatz, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, Geschäftsführer der im Konkurs befindlichen Verwaltungs- und Revisionsgesellschaft m b H. Berlin NW 7, Mittelstraße 63, ist am 3. März 1948 mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt worden. Zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses findet der Schlußtermin am 28. April 1948 11 Uhr vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte, Berlin-Charlottenburg, Tegeler Weg 17–20, I. Stock, Zimmer 160, statt.
Az. 30/352 N. 43. 35a Bl. 204.
Amtsgericht Berlin-Mitte

Nachlaßsachen

Über den Nachlaß der am 4. Januar 1947 verstorbenen, zuletzt Berlin-Charlottenburg, Spichernstraße 2, wohnhaft gewesenen Witwe Lina Kiel, geb. Meisel, ist Nachlaßverwaltung angeordnet worden. Nachlaßverwalter ist Paul Schellenberg, Berlin SW 61, Mehringdamm 78.
Az. 30. VI. 88/48.
Amtsgericht Berlin-Charlottenburg

Der Karl Wagner ist am 15. Juli 1947 verstorben, ohne daß Erben ermittelt werden konnten. Alle Personen, denen Erbrechte am Nachlaß zustehen, werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte am Nachlaß bis zum 15. April 1948, 12 Uhr, bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden, widrigenfalls gemäß § 1964 BGB. festgestellt wird, daß ein anderer Erbe als der Fiskus nicht vorhanden ist. Der reine Nachlaß beträgt 200,— RM.
Az. 7. VI. 567/47.
Berlin-Lichtenberg, den 4. Februar 1948.
Amtsgericht Lichtenberg

In der Nachlaßsache Dröse wird gemäß § 1964 BGB. nachlaßgerichtlich festgestellt, daß ein anderer Erbe des am 15. Juni 1945 in Berlin-Tegel auf der Straße verstorbenen, zuletzt in Frankfurt/Oder, Gurschstraße 7, wohnhaft gewesenen Flüchtlings Ernst Dröse, als die Stadt Berlin nicht vorhanden ist.
Az. 4. VI. 755/46.
Berlin-Reinickendorf, den 14. Februar 1948.
Amtsgericht Wedding, Dienststelle Reinickendorf

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Lichtenberg, Tasdorfer Straße 48, Band 123 Blatt Nr. 2761 eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück: Laufende Nr. 2, Gemarkung Lichtenberg, Kartenblatt (Flur) Nr. 2, Parzelle Nr. 6013/333, Grundsteuermutterrolle Nr. 266, Gebäudesteuerrolle Nr. 367 Hinterwohngebäude quer mit Hofraum, Seitenwohngebäude links, Restaurationsgebäude, Schmiede, rechts, Stall mit Boden rechts, Größe 5 a, 05 qm, am 20. Mai 1948, 10.30 Uhr, an der Gerichtsstelle Wagnerplatz, Zimmer 16, versteigert werden. Der Versteigerungsvermerk ist am 23. August 1947 in das Grundbuch eingetragen.
Als Eigentümer war damals a) der Müller Kurt Zinke in Berlin-Lichtenberg, b) Frau Emilie Jänicke geb. Jahnke, in Berlin, zu je ½ eingetragen.
Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.
Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung der Ansprüche an Kapital, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Grundstück bezweckenden Rechtsverfolgung mit Angabe des beanspruchten Ranges schriftlich einzureichen oder zu Protokoll der Geschäftsstelle zu erklären.
Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, wird ersucht, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
Az. 5. K. 6/47
Berlin-Lichtenberg den 21. Januar 1948.
Amtsgericht Lichtenberg

Kraftloserklärung

Die öffentliche Zustellung der seitens der Frau Auguste Schwarz, geb. Elvenspock, in Berlin Friedenau, Niedstraße 36, erfolgten Kraftloserklärung der ihrem Sohne, dem Sarghändler Karl Schwarz, in Berlin-Steglitz, Kissinger Straße 6, bei Nofke, am 18. April 1947 erteilten Vollmach, wird bewilligt. Die Veröffentlichung hat im Verordnungsblatt der Stadt Berlin und im „Tagesspiegel", und zwar je einmal, zu erfolgen.
Az. 12. II. 22/48.
Berlin-Schöneberg den 12. Februar 1948.
Amtsgericht Schöneberg

Handelsregister

(Für die Angaben in (—) übernimmt das Registergericht keine Gewähr.)

Amtsgericht Berlin-Mitte

In unser Handelsregister, Abteilung A, ist eingetragen:

Am 21. Juli 1947 Abteilung 61

A. 1539 Nz. Felapharm Horst Milow (Berlin-Wilmersdorf, Zähringerstraße 14).
Apotheker Hardy Lappe hat das Geschäft übernommen. Die Firma ist geändert, sie lautet: Felapharm Hardy Lappe.
A. 2923 Nz. Georg Westermann Zweigniederlassung Berlin (Berlin W 35, Dörnbergstraße 5).
Die Prokura des Richard Dehmel ist erloschen. Einzelprokuristen sind: Ernst Sandig, Braunschweig, Frida Stolte, Braunschweig, und Katharina Boje, Braunschweig. Die Firma ist geändert, sie lautet fortan: Georg Westermann Verlag Zweigniederlassung Berlin.

Löschung

A. 1743 Nz. „Riko" Bekleidungswerk Richard Kobelt (Berlin SW 68, Hedemannstraße 14).
Die Firma ist erloschen.

Am 22. Juli 1947. Abteilung 61.

Neueintragungen

A. 3785 Nz. Ella Krebs (Berlin C 2, Dircksenstraße 47).
Geschäftsinhaberin ist die Kauffrau Ella Krebs, Berlin.
A. 3786 Nz. Louise Harkort Labor-Ausrüstungen für Wissenschaft, Technik und Medizin (Berlin-Wannsee, Am Sandwerder 3).
Geschäftsinhaberin ist Frau Louise Harkort, geb. Laporte, Berlin.

Veränderung

A. 107 817. Fuhrmann & Co. Kommanditgesellschaft (Berlin W 15, Fasanenstraße 37).
Die Gesamtprokura für Rudolf Bonin, Hans Wiebe und Paul Lotze, sämtlich in Berlin, ist erloschen.

Abteilung 63.

Neueintragung

A. 3783 Nz. Willy Palau (Berlin-Spandau, Ulmenstraße 12).
Geschäftsinhaber ist der Kaufmann Willy Palau, Berlin.

Veränderungen

A. 3789/Nz. Dr. Moeller u. Schrader (Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 25a).
Geschäft und Firma sind auf den technischen Assistenten Richard Bauer in Berlin übergegangen.

A. 3790/Nr. Mauruschat & Co. (Berlin NO 55, Greifswalder Straße 4).
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Otto Paczoska ist nunmehr Alleininhaber. Elly Paczoska, geb. Lubomersky, Berlin, ist Einzelprokuristin.
A. 737/Nr. Gebr. Naumann (Berlin W 8, Leipziger Straße 19).
Die Prokura Johannes Haubenreißer ist erloschen.

Am 23. Juli 1947. Abteilung 61.

Neueintragungen

A. 3791/Nr. ZAZ, Heinz Bronowski (Berlin NO 55, Winsstraße 3).
Geschäftsinhaber ist der Theaterdirektor Heinz Bronowski, Berlin.
A. 3792/Nr. Dr. Götte & Strich (Berlin NW 21, Jonasstraße 31).
Offene Handelsgesellschaft die am 1. April 1947 begonnen hat. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Zahnarzt Dr. Friedrich Götte, Berlin, und Zahnarzt Dr. Strich, Berlin.
A. 3793/Nr. Chem.-kosm. Laboratorium Leon Carsten (Berlin W 15, Meierottostraße 1).
Geschäftsinhaber ist der Fabrikant und Kaufmann Leon Carsten, Berlin.

Veränderungen

A. 3794/Nr. Dr. Walther Böning & Comp. Zentralheizungen und sanitäre Einrichtungen, Warmwasserbereitungs- und Be- und Entwässerungsanlagen (Berlin-Charlottenburg, Carmerstraße 11).
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Fritz Krahmer, Berlin, ist nunmehr Alleininhaber.
A. 1555/Nr. C. A. Herpich Söhne (Berlin W 8, Leipziger Straße 9—11).
Die Prokuren für Paul Gottberg, Friedrich Holtmann, Richard Gerke und Walter Schulze, sämtlich in Berlin, sind erloschen.

Löschung

A. 91 868. Atlantis-Verlag Dr. Martin Hürlimann & Co. (Berlin-Grunewald, Teplitzer Straße 25).
Die Firma ist erloschen.

Abteilung 63.

Neueintragungen

A. 3795/Nr. Timmann & Co. K. G. Vertriebsgesellschaft für Wirtschaftsgegenstände (Berlin-Wilmersdorf, Mannheimer Straße 17).
Kommanditgesellschaft, die am 23. Juli 1947 begonnen hat. Persönlich haftender Gesellschafter ist der Kaufmann Jonny Timmann. Es ist eine Kommanditistin vorhanden.

Veränderungen

A. 3796/Nr. Max Lindner Schloß- und Scharnierfabrik Inhaber H. Göbel (Berlin NO 18, Palisadenstraße 77).
Die Prokura der Wilma Muchow, geb. Krahe, ist erloschen. Alfred Hellebrand, Berlin, ist zum Treuhänder bestellt.
A. 3797/Nr. Egon Rubbert (Berlin NW 21, Turmstraße 38).
Willi Schweig, Berlin, ist zum Custodian (Verwalter) bestellt.
A. 3798/Nr. Mummert & Völzke (Berlin-Tempelhof, Ringbahnstraße 106).
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Gesellschafter Hans Mummert und Hildegard Mummert sind aus der Gesellschaft ausgeschieden. Gleichzeitig ist der Kaufmann Rolf Heyne, Berlin, eingetreten und führt das Geschäft unter der bisherigen Firma unter Ausschluß der bis zur Übernahme entstandenen und begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten als Einzelkaufmann fort.
A. 86 253. Sieler & Vogel (Berlin SW 19, Lindenstraße 43).
Gesamtprokuristen sind: Willy Jahnke, Hamburg, Theodor Brügge, Hamburg, und Paul Eggers, Hamburg.
A. 89 229. Robert Zimmer Nachf. Inh. Kurt Domke (Berlin-Lichterfelde-West, Kommandantenstraße 15).
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Zum Liquidator ist Friedrich Breßmer, Berlin, durch das Gericht bestellt gem. §§ 161 Abs. 2, § 146 Abs. 2 HGB. Die Prokuren sind erloschen.
A. 109 293. Metallgußwerk Schmitz u. Rohrbach (Berlin-Lichtenberg, Herzbergstraße 30—32).
Durch Verfügung der Stadt Berlin, Bezirksamt Lichtenberg, Abt. Wirtschaft, Handel und Handwerk, vom 6. Mai 1946, ist der Kaufmann Gustav Hans Kittner, Berlin, zum Treuhänder bestellt.
A. 3308/Nr. Schier, Otten & Co. (Berlin NW 40, Alt-Moabit 140).
Der Sitz der Gesellschaft ist nach Hamburg verlegt.

Am 24. Juli 1947. Abteilung 61.

Neueintragungen

A. 1793/Nr. Horst Boettcher Kunst-Verlag (Berlin W 15, Wielandstraße 24).
Geschäftsinhaber ist der Kaufmann Horst Boettcher, Berlin.
A. 1800/Nr. Ernst Feller & Co. (Berlin-Pankow, Kissingenstraße 4).
Offene Handelsgesellschaft, die am 1. Januar 1946 begonnen hat. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Bäckermeister Ernst Feller, Berlin, und Frau Gerda Luppert, geb. Feller, Berlin.

Veränderungen

A. 1801/Nr. Richard Heinatz Likörfabrikation (Berlin C 2, Rosenthaler Straße Nr. 40—41).
Der Kaufmann Victor Werren, Berlin, hat das Geschäft mit Firma an den Kaufmann Heinz Flatow, Berlin, veräußert.
A. 414/Nr. Walter Hann Großhandel technischer Industriebedarfsartikel (Berlin-Dahlem, Dryqalskistraße 7).
Gesamtprokuristen in Gemeinschaft miteinander sind: Gertrude Hann, geb. Weiß, Berlin, und Ernst Horn, Berlin.
A. 110 697. Bruno Brellaß (Berlin W 30, Eisenacher Straße 113).
Die Berlin-Blankenfelder Kies- und Mörtelwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin, und der Kaufmann Dr. Richard Haucke, Berlin, sind als persönlich haftende Gesellschafter aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Haucke & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin, ist als persönlich haftende Gesellschafterin in die Gesellschaft eingetreten.

Abteilung 63.

Neueintragung

A. 3802/Nr. Lichttechnik Ball & Beggerow (Berlin-Pankow, Berliner Straße Nr. 69).
Offene Handelsgesellschaft, die am 1. September 1946 begonnen hat. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Wally Ball, geb. Voß, Berlin, und Johannes Beggerow, Dipl.-Ingenieur, Berlin.

Veränderungen

A. 3803/Nr. Dr. A. Nachmann Chemische und Pharmazeutische Präparate (Berlin-Charlottenburg 4, Waitzstraße 28).
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Frau Rosa Völz, geb. Schötz, Berlin, ist nunmehr Alleininhaberin.
A. 3804/Nr. Josef Werner und Sohn (Berlin NO 18, Weberstraße 12).
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Klempnermeister Kurt Werner, Berlin, ist nunmehr Alleininhaber.

Am 25. Juli 1947. Abteilung 61.

Veränderungen

A. 3805/Nr. Kunstversteigerungshaus „Union" Inhaber Leo Spik (Berlin W 15, Kurfürstenstraße 48/49).
Die Firma ist geändert, sie lautet: Leo Spik Kunstversteigerungen.
A. 3807/Nr. Alfred Hahn Nachf. (Berlin W 15, Schlüterstraße 43).
Einzelprokurist ist Heinz-Horst Hahn, Hamburg.
A. 1591/Nr. Clauß & Jeske (Berlin SO 36, Graetzstraße 68).
Die Prokura der Hildegard Fröhlich ist erloschen.
A. 1956/Nr. Hohnstein & Lilienthal (Berlin-Nikolassee, Tristanstraße 15).
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Kaufmann Fritz Hohnstein ist nunmehr Alleininhaber. Die Firma ist geändert, sie lautet: Kleiderwerkstätten Fritz Hohnstein.
A. 654/Nr. Graphika Druckstock K. G. F. J. Hartmann (Berlin-Charlottenburg, Knobelsdorffstraße 58).
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Abwickler ist Handelsvertreter Fritz Hartmann, Berlin.
A. 109 566. Heinrich Emmermann Deutsche Tuche (Berlin W 15, Konstanzer Straße 6).
Einzelprokuristin ist Luise Miltz, Berlin.

Abteilung 63.

Neueintragung

A. 3805/Nr. „Orgena" Kurt Joach. Hoffmann (Berlin-Zehlendorf, Argentinische Allee 162).
Geschäftsinhaber ist der Kaufmann Kurt Hoffmann, Berlin.

Am 28. Juli 1947. Abteilung 61.

Neueintragungen

A. 3808/Nr. Gerhard Hoffmann (Berlin N 58, Danziger Straße 98).
Geschäftsinhaber: Kaufmann Gerhard Hoffmann, Berlin.
A. 3809/Nr. Füllhalter-Bock Arthur Bock (Berlin-Spandau, Brunsbütteler Damm 111).
Geschäftsinhaber: Arthur Bock, Mechanikermeister, Berlin.

Veränderungen

A. 1661/Nr. Chemische Fabrik Hydra Petzold & Co. (Wittenberge, Perleberger Straße 31).
Prokuristin ist Giesela Petzold, geb. Opdenhoff.
A. 2933/Nr. Hermann B. Krieg & Co. Chemie-Produkte engros (Berlin-Lichterfelde-Ost, Berliner Straße 26).
Die Firma ist geändert in: Hermann B. Krieg Chemie-Produkte engros. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Hermann B. Krieg ist nunmehr Alleininhaber.
A. 3463/Nr. Ingenieur Edmund Steffek Metallwarenfabrik — Mechanische Werkstätten (Berlin-Charlottenburg, Charlottenburger Ufer 53/54).
Die Firma ist geändert in: Ingenieur Edmund Steffek & Co. Metallwarenfabrik — Mechanische Werkstätten. Offene Handelsgesellschaft, die am 1. Juli 1947 begonnen hat. Der Fabrikant Otto Arno Müller, Berlin, ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Geschäft eingetreten.
A. 3480/Nr. Bühnenverlag Ahn & Simrock (Berlin W 15, Meinekestraße 10).
Die Prokura des Michael Bukowiecki ist erloschen. Charlotte Eitelt ist jetzt Einzelprokuristin.

Abteilung 63.

Neueintragungen

A. 3810/Nr. Ziebarth & Co. (Berlin-Neukölln, Sanderstraße 22).
Persönlich haftende Gesellschafter: Max Ziebarth, Konstrukteur, Berlin, Hermann Behla, Kaufmann, Alt-Döbern (N.-L.). Offene Handelsgesellschaft, die am 1. September 1946 begonnen hat.
A. 3811/Nr. H. und R. Riemer (Berlin-Neukölln, Karl-Marx-Straße 259).
Persönlich haftende Gesellschafter: Helmut Riemer, Kaufmann, Berlin-Hessenwinkel, Richard Riemer, Kaufmann, Berlin-Hessenwinkel. Offene Handelsgesellschaft, die am 1. Oktober 1937 begonnen hat.
A. 3812/Nr. Zentralbuchhandlung, Antiquariat Georg Holz (Berlin SW 11, Bernburger Straße 24/25).
Geschäftsinhaber: Georg Holz, Buchhändler, Berlin.
A. 3813/Nr. Metallgießerei Karl-Heinz Wiegel (Berlin-Oberschöneweide, Edisonstraße 63).
Geschäftsinhaber: Karl-Heinz Wiegel, Kaufmann, Berlin.

Veränderungen

A. 3814/Nr. W. Stock & Co. Tief- und Straßenbau (Berlin-Reinickendorf, Robert-Blum-Straße 22—25).
Geschäft und Firma ist auf den Kaufmann Dr. Wilhelm Schmiedeskamp, Berlin-Hermsdorf, übergegangen. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch Dr. Wilhelm Schmiedeskamp ausgeschlossen. Die Prokuren des Dr. Wilhelm Schmiedeskamp und des Wilhelm Steinmeyer sind erloschen.
A. 3815/Nr. Pestalozzi-Haus Fabrik für Schulausstattungen Schwark & Riedeberger (Berlin O 34, Gubener Straße 44).
Treuhänder ist Möbelfabrikant Karl Rust, Berlin. Karl Rust ist laut Bestallung des Bezirksamts Friedrichshain vom 3. April 1946 zum kommissarischen Treuhänder für den Betrieb eingesetzt.
A. 3816/Nr. Stiebel & Greffin Inh. Rich. Wilke (Berlin-Steglitz, Sudendstraße 12).
Die Firma ist geändert in: Stiebel und Greffin Inh. Richard und Elisabeth Wilke. Persönlich haftende Gesellschafter: Richard Wilke, Kaufmann, Berlin, Ehefrau Elisabeth Wilke, geb. Machon, Berlin. Offene Handelsgesellschaft, die am 1. April 1947 begonnen hat.
A. 3817/Nr. Karl Mägdefrau (Berlin NW 21, Quitzowstraße 18—20).
Einzelprokurist ist Fritz Dornacher, Berlin.
A. 3819/Nr. Lorenz & Schmidt Zweigniederlassung Berlin (Berlin C 2, Schillingstraße 14—16).
Die Prokura des Franz Voß ist erloschen.
A. 605/Nr. Alexander Schwarz (Berlin-Tempelhof, Colditzstraße 27).
Die Firma ist geändert in: Alexander Schwarz, Pächter, Pharma-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Geschäft und Firma sind im Wege der Pacht unter Ausschluß der im Geschäftsbetriebe der früheren Inhaber begründeten Verbindlichkeiten auf die Pharma Gesellschaft mit beschränkter Haftung übergegangen.
A. 2047/Nr. Erwin Weber Olympia Verlags- und Werbeorganisation (Berlin N 65, Malplaquetstraße 18).
Die Firma ist geändert in: Olympia Verlags- und Werbeorganisation Erwin Weber.

Löschung

A. 97 525. Egon W. Lagarie (Berlin SW 68, Ritterstraße 52).
Die Firma ist erloschen.

Am 29. Juli 1947. Abteilung 61.

Neueintragungen

A. 3820/Nz. Felix Henke & Co. (Berlin N 31, Brunnenstraße 70).
Persönlich haftende Gesellschafter: Felix Henke, Kaufmann, Berlin, Günter Janik, Schneidermeister, Berlin. Offene Handelsgesellschaft, die am 1. Januar 1947 begonnen hat.

A. 3821/Nz. Kiesche & Glabe Kommanditgesellschaft Zweigniederlassung Berlin (Berlin-Charlottenburg, Ebereschenallee 28).
Zweigniederlassung in Berlin der in Bremen unter der Firma Kiesche & Glabe Kommanditgesellschaft bestehenden Hauptniederlassung. Persönlich haftender Gesellschafter: Wilhelm Adolf Glabe, Kaufmann, Bremen. Kommanditgesellschaft, die am 30. September 1933 begonnen hat. Es ist ein Kommanditist vorhanden.

A. 3822/Nz. Werbe-Kobow Kurt Kobow (Berlin-Charlottenburg, Fasanenstraße 13).
Geschäftsinhaber: Kaufmann Kurt Kobow, Berlin.

A. 3824/Nz. Barth & Co., Koffer- und Lederwarenfabrik (Berlin-Tempelhof, Ringbahnstraße 16—20).
Persönlich haftende Gesellschafter: Erich Barth, Kaufmann, Berlin, Else Löffler, geb. Siebert, Kauffrau, Hohen-Neuendorf. Offene Handelsgesellschaft, die am 2. Mai 1947 begonnen hat.

A. 3825/Nz. Willi Hirscher o. H. G. Sack- und Planfabrik (Berlin N 65, Ofener Straße 8—12).
Persönlich haftende Gesellschafter: Willi Hirscher, Kaufmann, Berlin, Erna Hirscher, geb. Schulze, Kauffrau, Berlin. Offene Handelsgesellschaft, die am 1. Januar 1947 begonnen hat.

A. 3826/Nz. Kunstauktionshaus Fehrbelliner Platz Wilhelm Berger (Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 174).
Geschäftsinhaber: Wilhelm Berger, Kunstversteigerer und Sachverständiger, Berlin.

A. 3827/Nz. Freyer & Hufler Knopf- und Kurzwaren-Großhandel (Berlin N 31, Romierstraße 24).
Persönlich haftende Gesellschafter: Kaufmann Albert Freyer, Berlin, unverehelichte Hertha Hufler, Berlin. Offene Handelsgesellschaft, die am 1. Januar 1947 begonnen hat.

A. 3828/Nz. Otto Dinse & Co. Papierwaren-Großhandlung (Berlin SO 36, Wildenbruchstraße 46a).
Persönlich haftende Gesellschafter: Otto Dinse, Kaufmann, Berlin, Dorothea Schulze, geb. Schulze, geschiedene Kauffrau, Berlin. Offene Handelsgesellschaft, die am 1. Januar 1946 begonnen hat.

A. 3829/Nz. Fuhrgeschäft Else vom Hagen (Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 30).
Geschäftsinhaberin: Frau Else vom Hagen, geb. Lepach, Berlin.

A. 3830/Nz. Alfons Fahnrich Handelsvertretungen und Vertrieb von Spiel-, Papier- und Schreibwaren (Berlin SW 29, Fidicinstraße 18).
Geschäftsinhaber: Alfons Fahnrich, Kaufmann, Berlin.

Veränderungen

A. 1543/Nz. Hans Geist (Berlin SW 29, Gneisenaustraße 40).
Einzelprokurist ist Fritz Werda, Berlin.

A. 3528/Nz. Julius Hiepel (Berlin NW 7, Unter den Linden 36—38).
Die Firma ist geändert in: Bruse-Liköre Inh. Otto Bruse.

A. 3663/Nz. Friedrich Koeppler & Co. (Berlin-Wilmersdorf, Güntzelstraße 54).
Offene Handelsgesellschaft, die am 1. Juni 1947 begonnen hat. Der Kaufmann Joseph Hepner, Berlin, ist als persönlich haftender Gesellschafter in das von Elisabeth Hepner, geb. Schünemann, betriebene Geschäft eingetreten.

A. 1944/Nz. Erich Elsner & Co., Kommanditgesellschaft (Berlin-Zehlendorf, Ithweg 20).
Es ist ein Kommanditist aus der Gesellschaft ausgeschieden, eine Kommanditistin ist eingetreten. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Abwickler ist der persönlich haftende Gesellschafter, Kaufmann Erich Elsner, Berlin.

A. 3042/Nz. Walter Grell (Berlin-Pankow, Mühlenstraße 75).
Jetzt offene Handelsgesellschaft, die am 1. April 1947 begonnen hat. Paul Kornatzki, Kaufmann, Berlin, ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Geschäft eingetreten.

Abteilung 63.

Neueintragung

A. 3833/Nz. Lampen-Schramar & Co. (Berlin-Neukölln, Karl-Marx-Straße 101).
Persönlich haftende Gesellschafter: Frau Margarete Schramar, geb. Baldewein, Berlin, Frau Else Wille, geb. Schramar, Berlin. Offene Handelsgesellschaft, die am 1. Januar 1947 begonnen hat.

Veränderungen

A. 3814/Nz. J. & P. Wissinger (Berlin SO 36, Pfuelstraße 5—8).
Offene Handelsgesellschaft, die am 1. Juli 1947 begonnen hat. Der Kaufmann Rudolf Wissinger, Potsdam-Babelsberg, ist als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Der Kaufmann Rudolf Wissinger ist von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen.

A. 3835/Nz. Erich Peters Butter- und Lebensmittelgroßhandlung (Berlin N 20, Soldiner Straße 108).
Die Firma ist geändert in: Erich Peters und Sohn. Offene Handelsgesellschaft, die am 20. November 1946 begonnen hat. Der Kaufmann Otto Peters, Berlin, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten.

A. 3836/Nz. Bruno P. Stubner (Berlin-Treptow, Kiefholzstraße 402).
Die Firma ist geändert in: Bruno P. Stubner u. Co. Maschinenfabrik und Handel. Offene Handelsgesellschaft, die am 1. Januar 1946 begonnen hat. Hertha Stubner, geb. Roepke, Berlin, ist als persönlich haftende Gesellschafterin eingetreten. Die Prokura der Hertha Stubner ist erloschen.

A. 89 475. „Orso" Krawattenfabrik Otto R. Soncksen Kommanditgesellschaft (Berlin C 2, Rosenthaler Straße 40/41).
Die Prokura Hanns Wolleroth ist erloschen.

A. 94 564. P. Emil Schulze (Berlin O 34, Gubener Straße 47).
Durch Verfügung der Stadt Berlin, Bezirksamt Friedrichshain, Abt. Wirtschaft u. Industrie, vom 3. April 1946 ist der Möbelfabrikant Karl Rust, Berlin, zum Treuhänder bestellt.

Am 30. Juli 1947. Abteilung 61.

Veränderungen

A. 419/Nz. Chemefa Chemische Produkte Adolf Brix (Berlin-Buckow-Ost, Rudower Straße 29—35).
Fräulein Johanna Brix, Berlin, ist durch Bestallung des Custodian der amerikanischen Militärregierung vom 19. September 1946 zur Treuhänderin für den Betrieb bestellt worden.

A. 88 523. Otto Goetze Inhaber Otto Grunow (Berlin O 17, Andreasstraße 27).
Durch Beschluß des Bezirksamts Friedrichshain von Groß-Berlin vom 30. Dezember 1945 ist der Kaufmann Ernst Wedel in Berlin zum Treuhänder bestellt.

Abteilung 63.

A. 1183/Nz. Hans Zomak Betonbau (Berlin-Wilmersdorf, Landhausstraße 16).
Die Prokura des Ing. Dr. Hermann Ball ist erloschen. Dem Wilhelm Ludwig, Berlin, ist Gesamtprokura erteilt.

A. 86 603. Neumann & Dahle Inh. Moreau & Schramm (Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 128).
Die Firma ist geändert in: Neumann & Dahle. Der Gesellschafter Georg Schramm ist durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden. Gleichzeitig ist der Dipl.-Kaufmann Gerhard Moreau in die Gesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten.

A. 90 202. Georg Schramm (Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 128/129).
Der Gesellschafter Georg Schramm ist durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden. Gleichzeitig ist der Dipl.-Kaufmann Gerhard Moreau, Berlin, als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten.

Löschung

A. 1025/Nz. Gerhard Franz K. G. Hoch- und Tiefbau-Unternehmen (Berlin-Wilmersdorf, Helmstedter Straße 30).
Die Firma ist erloschen.

Am 31. Juli 1947. Abteilung 61.

Neueintragung

A. 3837/Nz. Otto Drenkelfort Ingenieurbüro und Großhandel für Industriebedarf (Berlin-Charlottenburg, Schlüterstraße 12).
Geschäftsinhaber: Otto Drenkelfort, Kaufmann, Berlin.

Veränderungen

A. 3838/Nz. Gottfried Kerbein Nchfl. Hans Kerbein (Berlin SO 36, Maybachufer 30).
Das Geschäft ist mit Firma durch Erbfolge und Erbübertragung auf die verwitwete Frau Ella Kerbein, geb. Dörgeloh, Berlin, übergegangen.

A. 3839/Nz. Hilde Grundling's Bücherei Inh. Erich Liebe (Berlin-Britz, Parchimer Allee 55c).
Das Geschäft ist mit Firma im Erbgange auf die verwitwete Frau Elisabeth Liebe, geb. Neumann, Berlin, und die minderjährige Helga Liebe, geboren 21. Dezember 1937, übergegangen und wird in ungeteilter Erbengemeinschaft fortgeführt.

A. 24/Nz. Felix Bottcher (Berlin O 17, Rudolfstraße 5).
Einzelprokurist ist Peter Pottkämper, Leipzig.

A. 1132/Nz. Carl Julius Hermann Haberecht (Berlin O 17, Große Frankfurter Straße 31).
Die Prokuren für Hans Mayer und Carl Haberecht sind erloschen. Maria Haberecht, geb. Schmidt, und Elisabeth Redeke, geb. Karnbach, sind aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die bisherige Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft ist mit dem Recht zur Fortführung der Firma auf Carl Haberecht, Kaufmann, Berlin, übergegangen. Demnächst ist als persönlich haftender Gesellschafter Heinz Haberecht, Kaufmann, Berlin, eingetreten. Die nun offene Handelsgesellschaft hat am 20. Mai 1947 begonnen.

Amtsgericht Berlin-Mitte

III. Bekanntmachungen der Wirtschaft

Siedlungsgenossenschaft Johannisthal e.G.m.b.H.

Jahreshauptversammlung

am Sonnabend, dem 17. April 1948, 18 Uhr, im Restaurant Tolinski, Friedrichstraße.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Jahresabschlußgenehmigung.
3. Neuwahlen zum Aufsichtsrat und Vorstand.
4. Verschiedenes.

Die Gewinn- und Verlustrechnung sowie Bilanz liegen zur Einsichtnahme im Geschäftslokal, Fichtestraße 44, aus.

Zillmer,
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Hageda Aktiengesellschaft, Berlin

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am Donnerstag, dem 22. April 1948, um 10 Uhr, in Berlin NW 21, Alt-Moabit 104, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung eingeladen.

Tagesordnung:

1. Wahlen zum Aufsichtsrat.
2. Vorlegung des festgestellten Jahresabschlusses, des Geschäftsberichts des Vorstandes, des Berichtes des Aufsichtsrates und des Beschlusses über die Gewinnverteilung für das Geschäftsjahr 1943 gemäß der 2. Verordnung über die Einschränkung von Mitgliederversammlungen vom 23. Dezember 1943 (RGBl. I, S. 686).
3. Vorlage der festgestellten Jahresabschlüsse, des Geschäftsberichts des Vorstandes und des Berichts des Aufsichtsrates für die Geschäftsjahre 1944, 1945 und 1946 und Beschlußfassung über den Verlust des Geschäftsjahres 1944.
4. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für die Geschäftsjahre 1943, 1944, 1945 und 1946.
5. Wahl des Abschlußprüfers für die Geschäftsjahre 1947 und 1948.

Zur Teilnahme und Stimmabgabe sind die Aktionäre berechtigt, die spätestens am 17. April 1948 gemäß § 18 der Satzung ihre Aktien während der Geschäftsstunden bei der Kasse unserer Gesellschaft, Alt-Moabit 104, oder einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank oder den nachstehenden Banken hinterlegt haben und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen. Im Falle der Hinterlegung bei einem Notar ist die Bescheinigung spätestens einen Tag nach Ablauf der Hinterlegungsfrist bei unserer Gesellschaft einzureichen. In den Fällen, in denen eine Hinterlegung nicht möglich ist, haben die Aktionäre der Hinterlegungsstelle den Nachweis des Aktienbesitzes in der Form zu erbringen, daß sie sich von ihrer Bank eine

Bestätigung geben lassen, daß die Bank am oder nach dem 30. Juni 1944 für den Betreffenden Aktien unserer Gesellschaft in bestimmter Höhe in Verwahrung gehabt hat. Dieser Bestätigung ist eine eidesstattliche Versicherung beizufügen, daß er seit dem Stichtage der Bankbescheinigung über diese Aktien in keiner Form verfügt hat.

Berliner Stadtkontor, Berlin, Zentrale und Bezirksbanken sowie deren Zweigstellen;
Dresdner Bank, Hamburg, Hannover, Essen, Köln, Frankfurt am Main (Rhein-Main-Bank);
Deutsche Bank, Hamburg, Hannover, Essen, Köln, Frankfurt am Main (Hessische Bank);
Bayerische Kreditbank, München.

Berlin, den 5. März 1948.

Der Vorstand

Minimax Aktiengesellschaft

Die Aktionäre werden hiermit zu der am 29. April 1948, 10 Uhr, in Wiesbaden, Leberberg 9, stattfindenden Hauptversammlung eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung der Jahresabschlüsse mit Geschäftsbericht für die Geschäftsjahre 1944, 1945, 1946.
2. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats für die Geschäftsjahre 1944, 1945 und 1946.
3. Aufsichtsratswahlen.
4. Wahl des Abschlußprüfers.
5. Genehmigung des Verkaufs der Anteile der Minimax Export Comp.
6. Genehmigung des Verkaufs der Anteile der Radikalwerk G.m.b.H.
7. Genehmigung des Abschlusses eines Lizenzvertrages
8. Bericht über die Kapitalerhöhung bei der Minimax G.m.b.H.
9. Verschiedenes.

Zur Teilnahme und Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens bis zum Ablauf des dritten Tages vor dem Versammlungstag bei der Deutschen Bank, Hamburg, Hessische Bank, Frankfurt, Südwestbank, Stuttgart, Bayerische Kreditbank, München sowie deren Filialen während der üblichen Geschäftsstunden hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen. Die Hinterlegung kann auch bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank erfolgen. In diesem Falle ist die Bescheinigung des Notars oder der Wertpapiersammelbank über die erfolgte Hinterlegung spätestens am Tage nach Ablauf der Hinterlegungsfrist bei der Gesellschaft einzureichen.

Der Aufsichtsrat

Deutsche Togogesellschaft

Hiermit laden wir die Anteilseigner unserer Gesellschaft zu einer ordentlichen Hauptversammlung auf Donnerstag, den 29. April 1948, 11½ Uhr, in den Geschäftsräumen des Notars Rudolf Brunzlow zu Berlin-Steglitz, Flemmingstraße 14a (Ecke Paulsenstraße), ein.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichtes über die Geschäftsjahre 1938/1939 bis einschließlich 1946/1947 und der Jahresabschlüsse für die Geschäftsjahre 1944/1945, 1945/1946, 1946/1947;
2. Beschlußfassung über die zu 1. vorgelegten Jahresabschlüsse;
3. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates für die Zeit bis zum 30. April 1947;
4. Wahlen zum Aufsichtsrat;
5. Verlegung des Sitzes der Gesellschaft nach Hamburg;
6. Statutenänderung (§ 1 Sitz der Gesellschaft, § 39 Bekanntmachungen);
7. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1947/1948;
8. Verschiedenes.

Stimmberechtigt in dieser Hauptversammlung sind die Eigentümer von Vorzugsanteilen ohne weiteres, die Eigentümer von Stammanteilen, wenn sie mindestens einen solchen Anteilschein spätestens am 24. April 1948

bei der Deutschen Bank, Filiale Hamburg,
bei dem Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg,
oder bei einer anderen deutschen Großbank,
oder bei dem Notar Rudolf Brunzlow zu Berlin-Steglitz, Flemmingstraße 14a,
oder bei einem anderen deutschen Notar

hinterlegt haben und dies durch entsprechende Bescheinigung nachweisen. Im übrigen wird auf § 28 unserer Satzung verwiesen.

Der Bericht des Vorstandes sowie die Jahresrechnungen für die Geschäftsjahre 1944/1945, 1945/1946 und 1946/1947 liegen in den Geschäftsräumen des Rechtsanwalts und Notars Rudolf Brunzlow, Berlin-Steglitz, Flemmingstraße 14a, und in den Geschäftsräumen der Deutschen Bank, Filiale Hamburg in Hamburg, Adolphsplatz, zur Einsichtnahme für unsere Anteilseigner aus.

Berlin-Nikolassee, den 22. März 1948.

Der Aufsichtsrat
Th. Reh

Mollwe-Pflanzungs-Gesellschaft

Hiermit laden wir die Anteilseigner unserer Gesellschaft zu einer ordentlichen Generalversammlung auf Donnerstag, den 29. April 1948, 12 Uhr, in den Geschäftsräumen des Notars Rudolf Brunzlow zu Berlin-Steglitz, Flemmingstraße 14a Ecke Paulsenstraße, ein

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichtes über die Geschäftsjahre 1938/1939 bis einschließlich 1946/1947 und der Jahresabschlüsse für die Geschäftsjahre 1944/1945, 1945/1946, 1946/1947;
2. Beschlußfassung über die zu 1. vorgelegten Jahresabschlüsse;
3. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats für die Zeit bis zum 30. April 1947;
4. Wahlen zum Aufsichtsrat;
5. Verlegung des Sitzes der Gesellschaft nach Hamburg;
6. Statutenänderung (Artikel 1 Sitz der Gesellschaft, Artikel 19 Aufsichtsratsvergütungen, Artikel 29 Bekanntmachungen);
7. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1947/1948;
8. Verschiedenes.

Zur Ausübung des Stimmrechts in der Generalversammlung sind die Anteilseigner berechtigt, wenn sie ihre Anteilscheine spätestens bis zum 24. April 1948

bei der Deutschen Bank, Filiale Hamburg,
bei dem Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg,
oder bei einer anderen deutschen Großbank,
oder bei dem Notar Rudolf Brunzlow zu Berlin-Steglitz, Flemmingstraße 14a,
oder bei einem anderen deutschen Notar

für die Zeit bis zum Schluß der Generalversammlung hinterlegt haben und dies durch entsprechende Bescheinigung nachweisen. Im übrigen wird auf Artikel 20 unserer Satzung verwiesen.

Der Bericht des Vorstandes sowie die Jahresrechnungen für die Geschäftsjahre 1944/1945, 1945/1946 und 1946/1947 liegen in den Geschäftsräumen des Rechtsanwalts und Notars Rudolf Brunzlow, Berlin-Steglitz, Flemmingstraße 14a, und in den Geschäftsräumen der Deutschen Bank, Filiale Hamburg in Hamburg, Adolphsplatz, zur Einsichtnahme für unsere Anteilseigner aus.

Berlin-Nikolassee, den 22. März 1948.

Der Aufsichtsrat
Th. Reh

Demag Motorenwerke Aktiengesellschaft

Durch einstimmigen Beschluß der Hauptversammlung vom 17. Januar 1948 ist das Aktienkapital unserer Gesellschaft von 4 Mill. RM auf 2 Mill. RM herabgesetzt worden. Die Herabsetzung erfolgt im Verhältnis 2 : 1.

Alle Aktionäre der Demag Motorenwerke Aktiengesellschaft werden hiermit aufgefordert, ihre Aktien unverzüglich dem Vorstand der Gesellschaft zwecks Zusammenlegung einzureichen. Falls die Vorlage der Aktien nicht bis zum 30. Juni 1948 erfolgt werden diese für kraftlos erklärt.

Berlin-Marienfelde den 28. Januar 1948.

Der Vorstand
Otto Schröder Walter Schmülling

Boswau & Knauer Aktiengesellschaft

Gemäß § 10 Abs. 1 der Verordnung vom 8. Januar 1945 (RGBl. I S. 5) sind zu stellvertretenden Mitgliedern des Aufsichtsrats unserer Gesellschaft bestellt worden:

1. Rechtsanwalt und Notar Dr. Friedich-Wilhelm Lucht, Berlin-Charlottenburg;
2. Dr. rer. pol. Ernst Bodien, Berlin-Charlottenburg;
3. Oberbürgermeister a. D. Dr. Otto Ostrowski, Berlin-Grunewald;
4. Bankdirektor Dr. Ludwig Holbeck, Berlin-Zehlendorf-West.

Die bisherigen Aufsichtsratsmitglieder
Bankdirektor a. D. Eugen Bonde, Wernshausen (Thüringen), und
Generaldirektor Carl Raabe, Sulzbach/Rosenberghütte,
sind aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Berlin-Charlottenburg, den 16. Februar 1948.

Der Vorstand
Krackow Heß

Kraftloserklärung von Versicherungsscheinen

Folgende Versicherungsscheine sind verlorengegangen:

Nr.	603 564	auf	den	Namen	Richard Strohmeyer
„	606 556	„	„	„	Johannes Lehmann
„	614 344	„	„	„	Werner Kunze
„	615 129	„	„	„	Dr. Walther Haug
„	615 460				
„	461	„	„	„	Dr. Otto Frank
„	625 244				
„	616 292	„	„	„	Fritz Frischke
„	617 879	„	„	„	Georg Schmitt
„	619 204	„	„	„	Ernst Wolsiffer
„	620 175	„	„	„	Ilse Hammerschmidt
„	621 472	„	„	„	Dr. Wilhelm Stuckardt
„	627 176	„	„	„	Wwe. Wilt, Geng, geb. Kamm
„	627 573	„	„	„	Hans Ohmberger
„	628 387	„	„	„	Christian Mader
„	628 814	„	„	„	Rudolf Fritz
„	628 932	„	„	„	Gerd Becker
„	700 370	„	„	„	Dr. Max Kibler
„	701 446	„	„	„	Wilhelm Bennemann
„	705 107	„	„	„	August Becker
„	712 123	„	„	„	Jakob Maier
„	712 304	„	„	„	Herbert Schindler
„	M 65	„	„	„	Dr. Adolf Holzapfel
„	M 50 154	„	„	„	Joseph Schrödinger
„	M 2 908	„	„	„	Ludwig Wesp
„	M 50 658				
„	M 50 901	„	„	„	Adam Bolender
„	VA 22	„	„	„	C. L. Otto Wild

nebst Beiblättern Nr. 1—4.

Die Inhaber werden aufgefordert, sich binnen zwei Monaten bei uns zu melden, andernfalls die Versicherungsscheine hiermit für kraftlos erklärt werden.

Berlin W 15, den 1. März 1948.
Kurfürstendamm 52.

BASLER
Lebens-Versicherungs-Gesellschaft
Zweigniederlassung Berlin

Gläubigeraufruf

Der Verband für Knochenverwertung „Rohag" GmbH. ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden.

Berlin-Siemensstadt, Rohrdamm 20—22.

Die Liquidatoren
Lange Pflugfelder

Herausgeber: Magistrat von Groß-Berlin. Berlin C 2, Neues Stadthaus. Herausgabe erfolgt nach Bedarf. Verlag: DAS NEUE BERLIN Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin N 4, Linienstraße 139/140. Telefon: 42 59 41. Postscheckkonto Berlin 2857 89. Bestellungen sind nur an den Verlag zu richten. Bezugspreis vierteljährlich 3 RM zuzüglich Postgebühren. Einzelheft 0,35 RM. Redaktion: Berlin C 2, Klosterstraße 64. Chefredakteur Adolf Erlenbach, Telefon: 51 03 11, App. 150. Das zur Veröffentlichung bestimmte Material ist der Redaktion einzusenden. Erscheint mit Genehmigung der Alliierten Kommandantur Berlin laut Anordnungen Nr. BK/O (46) 263 vom 13. Juni 1946 und Nr. BK/O (47) 17 vom 23. Januar 1947. Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 409 der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. (37) Druckerei Berlin N 4, Linienstraße 139/140. 5426. 22. 3. 48